

Flüchtlinge in Jesteburg heute und früher

Eine Dokumentation nach Unterlagen des Samtgemeindearchivs Jesteburg
von Hans-Heinrich Wolfes

Gliederung:

A Problemstellung zum Flüchtlingsstrom 2015	Seite 1
B Beschreibung der Entstehung der Flüchtlingskrise	Seite 2
C Bedenken gegen die Aufnahme von Flüchtlingen	Seite 8
D Ausblick auf das Jahr 2016	Seite 9
E Auswirkungen der Flüchtlingskrise in Hamburg	Seite 10
F Auswirkungen der Flüchtlingskrise in Niedersachsen und dem Landkreis Harburg	12
G Auswirkungen der Flüchtlingskrise in Jesteburg seit 2013	Seite 15
H Frühere Flüchtlingswanderungen mit Bezug auf Jesteburg,	Seite 20
a) 1986 Libanonkrise und die Folgen	Seite 20
b) 1945 Kriegsende bis 1961 Mauerbau	Seite 24

A Problemstellung zum Flüchtlingsstrom 2015

Die Flüchtlingsfrage hat das Leben und Denken der Menschen in Jesteburg, im Landkreis Harburg und in Deutschland seit dem Frühjahr 2015 beeinflusst und findet möglicherweise 2016 keine befriedigende Antwort. Diese Situation hat der Jesteburger Bürgermeister Udo Heitmann am 6. Oktober in einem Statement zur Lage „Flüchtlinge! Wenn die Weltlage unsere Dörfer erreicht“ treffend formuliert. Anfang November gab es in der Samtgemeinde Jesteburg in mehreren Unterkünften ca. 220 Flüchtlinge aus über 20 Ländern, die vorwiegend aus den Krisengebieten Syrien, Sudan, Afghanistan, Pakistan, Eritrea und Somalia gekommen waren (Faltblatt Samtgemeinde Jesteburg am 06.11.2015). Mitte Oktober 2015 musste der Landkreis Harburg zusätzlich zu den seit dem Frühsommer zugewiesenen 2027 Flüchtlingen zum fünften Mal weitere Kontingente mit insgesamt 500 Menschen, bis Ende Januar 2016 sogar 1570 Asylbewerber, auf dem Wege der Amtshilfe für das Land Niedersachsen in Erstaufnahme registrieren, versorgen und unterbringen (Infoblatt: Gemeinde Jesteburg am 13.10.2015; Mail Landkreis Harburg an Bürgermeister: „Flüchtlinge – Notstand des Landes“ am 15.10.2015). Für Jesteburg sind 2016 weitere 140 Flüchtlinge angesagt. Ängste und Sorgen kommen in der Bevölkerung auf, ob sich durch die fremden Menschen mit anderem Glauben unser auf Werten des Abendlandes gegründetes und geordnetes Leben und Land verändern werden, wenn allein 2015 zwei Drittel von einer Million Asylsuchenden ein Bleiberecht in Deutschland erhalten. Der Bundespräsident Joachim Gauck warnt in der Flüchtlingsfrage vor Polarisierungen. Er ist zuversichtlich: „Wir werden die Herausforderungen meistern“ (FAZ vom 24.12.2015).

B Beschreibung der Entstehung der Flüchtlingskrise auf der Grundlage von Medienberichten

Der gleich bleibend große und unüberschaubare Zustrom von über einer Million Flüchtlingen nach Deutschland bis Ende Januar 2016 führte in der Bevölkerung nach der euphorischen Anfangsphase im Sommer zu immer größerer Besorgnis über die Zukunft unseres Landes. Bild titelte am 12.10.2015: „Wie schaffen wir das bloß, Frau Merkel?“ Die Menschen befürchteten den Verlust ihrer finanziellen Sicherheit und die Auflösung der gewachsenen religiösen, kulturellen und politischen Bindungen sowie steigenden Gewaltzuwachs und Rechtsextremismus. Hingegen sprachen sich 39 Prozent der deutschen Jugendlichen nach der neuen Shell-Jugendstudie 2015 dafür aus, „dass künftig genauso viele Menschen aus dem Ausland zuwandern dürfen wie bisher“ (HA am 14.10.2015).

In den Medien wurden Parallelen zu früheren Flüchtlingskrisen von 1945 bis 1948, vor dem Mauerbau 1961, nach der Wiedervereinigung 1989/90 und dem Zerfall des Ostblocks in den 90er-Jahren gezogen. An dieser Stelle wird versucht, nach der Beschreibung der gegenwärtigen Flüchtlingssituation diese Fluchtbewegungen, besonders für die Zeit vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zur Vertreibung der Schlesier 1948, aus Jenseitiger Perspektive aufzuzeigen.

Allgemein entwickelte sich 2015 die Flüchtlingskrise zum größten Problem für die Länder der Europäischen Union, nachdem das Griechenland-Thema in den Hintergrund gerückt war. Die Staaten konnten sich nur zögerlich damit identifizieren und folglich viel zu spät zu Reaktionen durchringen, obwohl Berichte über das Schicksal vieler Bootsflüchtlinge aus Libyen auf dem Mittelmeer bereits im Frühjahr 2015 das Fernsehen und die Presse beherrscht hatten. Bei der Diskussion über Hilfsmaßnahmen für die Bewältigung der im Frühsommer verstärkt einsetzenden großen Flüchtlingsströme wurden gravierende Differenzen zwischen den Staaten sichtbar. Einige Staaten lehnten die Aufnahme von Flüchtlingen, speziell eine Quotenregelung, ab. Ungarn und Polen verweigerten die Aufnahme von Menschen mit muslimischem Glauben grundsätzlich.

Auf nationaler Ebene blieb die Bundesrepublik ebenfalls zu lange in Wartestellung und überließ den Bundesländern, Kommunen und vielen ehrenamtlichen Helfern die Unterbringung und Versorgung der nach dem „Königsberger Schlüssel“ zugewiesenen fremden Menschen, die vornehmlich aus den im Kriegszustand befindlichen Staaten Afghanistan und Syrien stammten, aber auch aus anderen Staaten Afrikas und dem Westbalkan. Viele hatten schon länger in den Flüchtlingscamps im Libanon, in Saudi-Arabien und in der Türkei gelebt. Dort waren sie zwar nicht mehr in Lebensgefahr, wollten jedoch nach Deutschland, Schweden, auch nach Österreich auswandern, weil sie sich hier ein gutes Leben erhofften und Asyl suchen wollten. Anfang September hatte „die Kanzlerin die Türen Deutschlands für Flüchtlinge geöffnet“ (HA am

29.10.2015; FOCUS am 24.12.2015). Über moderne Kommunikationsmittel wie Smartphones hatten sie von der guten wirtschaftlichen Situation und Aufnahmebereitschaft in Deutschland Kenntnis. Deutschland galt ungeachtet eines anderen Kulturraumes als Paradies. Für die Flucht begaben sie sich oft in die Abhängigkeit von Schleppern und mussten den Transport teuer bezahlen, oftmals mit dem Leben. Deshalb entstand auf der Balkanroute nach Ungarn und von dort aus in die EU eine gewaltige Fluchtbewegung, die das Land nicht bewältigen konnte und wollte und deshalb sein Territorium im September mit einem Zaun zu Kroatien hin für den Durchzug der Flüchtlinge sperrte. (HA am 19.09.15, Leserbriefe). Als Folge zog der Flüchtlingsstrom im Oktober und November ungebremst auf der Westbalkanroute über Kroatien nach Slowenien in das EU-Land Österreich und weiter nach München (HA Karte am 27.10.2015). Auch aus der Türkei kamen immer mehr Flüchtlinge, zum Teil in Schlauchbooten, über die Ägäis zu den griechischen Inseln. Allein auf Lesbos warteten am Sonntag, 6. September, 20.000 Menschen darauf, zum griechischen Festland übergesetzt zu werden. Von dort wollten sie weiter über den Balkan nach Westeuropa. Auf der Insel kam es zu chaotischen Zuständen. „Die Flüchtlinge, darunter viele Familien mit kleinen Kindern, lagerten auf Bürgersteigen und Plätzen, in Grünanlagen und an den Stränden.“ (HA am 07.09.2015). Zwischen afghanischen Migranten und der Ortspolizei kam es zu Spannungen. Die Polizei setzte Schlagstöcke ein. Der Grund war die schleppende Abfertigung durch die Behörden, denn bevor die Flüchtlinge weiterreisen konnten, mussten sie sich registrieren lassen. Das war in allen Ländern der EU Vorschrift. Während auf Lesbos Tausende Menschen auf die Überfahrt warten mussten, riss der Asylantenstrom aus der Türkei über das Ägäische Meer nicht ab. Bei Bootsunglücken auf dem Mittelmeer ertranken bis Ende Oktober 3000 Menschen (HA am 31.10.2015). Noch am 27./28. November waren bei der Überfahrt zu den griechischen Inseln Lesbos und Kos zwei Flüchtlingsboote gesunken. Unter den ertrunkenen Flüchtlingen befanden sich sechs Kinder (Bild am 28.11.2015). Gespräche mit dem türkischen Staatspräsidenten Erdogan über zusätzliche EU-Hilfen für die Versorgung der Menschen in den Camps und über eine geordnete Weiterführung auf dem Landweg nach Mittel- und Nordeuropa führten zu keinem konkreten Ergebnis. In der Folge verstärkten die vielen zum griechischen Festland übergesetzten Flüchtlinge den großen Zustrom an Menschen auf der Balkanroute nach Deutschland. Das geriet schon am Wochenende vom 5./6. September zu einer Katastrophe, als im wichtigsten Ankunftsziel im Westen, in der Stadt München, 17.600 Menschen ankamen. (HA am 07.09.2015) Von hier aus wurden die Migranten in Zügen und Bussen in die einzelnen Bundesländer verteilt. „In vielen Städten trafen die Asylsuchenden auf eine Welle von Hilfsbereitschaft. Hunderte Menschen standen in den Bahnhöfen etwa von Frankfurt/Main, Dortmund oder Hamburg bereit, um die Flüchtlinge willkommen zu heißen.“ (HA am 07.09.2015). Auf die Ausreise hatten sich die Regierungen von Deutschland, Österreich und Ungarn in der Nacht vom 4./5. September 2015

geeignet. Die Bundeskanzlerin Angela Merkel, CDU, hatte die Tür aufgemacht (FOCUS am 24.12.2015). Sie verkündete im Bewusstsein der in der EU geltenden Werte von Humanität und Menschenwürde: „Wir schaffen das!“ Deutschland werde seine humanitären Pflichten weiter erfüllen. Sie appellierte an die Europäische Union und ihre Institutionen, in der Flüchtlingsfrage gemeinsam zu handeln und bestärkte ihre Entscheidung, Flüchtlinge aus Ungarn weiter unbegrenzt nach Deutschland einreisen zu lassen. Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer, CSU, bewertete diese Entscheidung als „Fehler, der uns lange beschäftigen wird“. Die CSU befürchtete, Deutschland käme in „eine nicht mehr zu beherrschende Notlage“ und „der Zustrom der Flüchtlinge sei nicht mehr steuerbar“ (HA am 12.09.2015). Die Bundeskanzlerin hieß sogar den ungarischen Regierungschef Viktor Orban als „Grenzschutzkapitän“ im Kloster Banz willkommen (WA am 24.09.2015, HA am 24.09.2015). Aber im Ausland gab es Zurückhaltung gegenüber der deutschen „Refugees-Welcome-Party“. „Politiker äußern sich befremdet bis entsetzt“ über den ungebremsten Zustrom der Flüchtlinge in Deutschland und die „Empathie und Willkommenseuphorie“ in deutschen Medien (HA am 05.10.2015 und 09.10.2015). Am 13. September musste Außenminister Frank-Walter Steinmeier, SPD, eingestehen, dass Deutschland es nicht allein schaffen würde. Kontrollen zur Grenze nach Österreich hin wurden beschlossen und das Schengen-Abkommen, der freie Grenzübergang in den Mitgliedsstaaten der EU, vorübergehend außer Kraft gesetzt. Diese Zäsur galt als Merkels „Kurskorrektur“ (HA am 14.10.2015). Auch Bundesinnenminister Thomas de Maizière, CDU, betonte, die Belastungsgrenze für Deutschland wäre erreicht und Deutschland bräuchte mehr Kontrollen und Sicherheit an den Grenzen. Das Dublin-Verfahren und die Registrierung blieben bestehen, was bedeutete: „Der zuständige Mitgliedsstaat soll die Asylsuchenden nicht nur registrieren, sondern auch das Asylverfahren durchführen“, und „Asylsuchende müssten akzeptieren, dass sie sich einen Mitgliedsstaat der EU, der ihnen Schutz gewährt, nicht aussuchen könnten“ (HA am 14.09.2015). Grundsätzlich müsste die Sicherung der europäischen Außengrenzen gestärkt werden (HA am 05.10.2015). Da die deutschen Behörden jedoch zu lange Registrierungs- und Anerkennungsverfahren praktizierten, blieben die Flüchtlinge in Deutschland und mussten menschenwürdig untergebracht und versorgt werden, solange sie nicht abgeschoben wurden.

Zusätzlich zu den politischen Streitigkeiten über eine Begrenzung der Zahl der aufzunehmenden Flüchtlinge kam in den Behörden und in der Bevölkerung die Sorge um die steigenden Kosten zur Bewältigung des Flüchtlingsproblems hinzu. Denn außer Verteilung, Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge musste bei Menschen mit Bleiberecht auch der Anspruch auf Familienzusammenführung nach drei Jahren Aufenthalt in Deutschland berücksichtigt werden (HA am 17.10.2015). Die Länder planen für das Jahr 2016 17 Milliarden Euro für Asylsuchende ein (HA am 30.12.2015). Die Bundeskanzlerin schloss hierzu in einem Bild-Interview einen Soli und

Steuererhöhungen aus (WA am 12.10.2015), zeigte sich aber offen für Transitzone an den Landesgrenzen, an denen Flüchtlinge ohne Asylgrund umgehend zurückgeschickt werden (HA am 13.10.2015). In der Diskussion war auch eine Begrenzung des Bleiberechts (HA am 17.10.2015). Der „Spiegel“ berichtete, dass allein „zwischen dem 5. September und Mitte Oktober in den Bundesländern mehr als 400.000 Flüchtlinge angekommen“ seien, in der Zeit davor seien 413.535 Asylbewerber in Deutschland registriert worden (zitiert nach HA am 17.10.2015). Für die Unterbringung und Versorgung dieser mehr als 800.000 Flüchtlinge stellte der Bund schließlich sechs Milliarden Euro bereit (FAZ am 17.10.2015). Jedem Flüchtling steht in Deutschland nach der Registrierung in der Erstaufnahme eine Unterkunft und Taschengeld zu. Ein Alleinstehender bekommt monatlich 143 Euro (Bild am 10.10.2015). Dieser Satz steigt bis zum Ende des Asylverfahrens nach Zuweisung eines festen Wohnsitzes auf 325 bzw. 359 Euro (Bild am 10.10. und 07.11.2015). Bild meinte, das sei auch „ein Anreiz zur Einwanderung“ (Bild am 07.11.2015).

Am 15.10.2015 beschloss der Bundestag angesichts der großen Schwierigkeiten der Kommunen, „die vielen Tausend Flüchtlinge gut zu versorgen“, eine umfassende Verschärfung der Asylgesetzgebung für Menschen ohne Bleibeperspektive (WA am 16.10.2015). Täglich kamen in Bayern 7.500 Flüchtlinge an, wovon zwei Drittel blieben (Bild am 10.10.2015). Immer mehr Politiker forderten die Eindämmung des unbegrenzten Zustroms der Flüchtlinge, z. B. aus Österreich, und eine kontrollierte Aufnahmeregelung. Die bayerische CSU-Regierung von Ministerpräsident Horst Seehofer wollte dies gar beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe mit dem Argument durchsetzen, der Bund gefährde die „eigenstaatliche Handlungsfähigkeit der Länder“ (Bild am 10.10.2015). Ein Krisengipfel der Regierungschefs in Brüssel am 25.10.2015 einigte sich darauf, „Ordnung in den Flüchtlingsstrom“ zu bringen und entlang der Balkanroute „bis zu 100.000 Aufnahmeplätze“ zu schaffen, davon 50.000 in Griechenland (WA am 27.10.2015).

Auf einem Gipfeltreffen der Koalitionäre in Berlin am 01.11. und 04.11.2015 wurde in der Frage, ob Transitzone (CDU, CSU) bzw. dezentrale Erstaufnahmeeinrichtungen (SPD) für Flüchtlinge geschaffen werden sollten, beschlossen, „statt der umstrittenen Transitzone direkt an der Grenze drei bis fünf Registrierungszentren“ im Bundesgebiet einzurichten, „in denen vor allem Asylbewerber mit geringer Bleibeperspektive untergebracht werden“. „Ihre Asylverfahren sollen drastisch beschleunigt werden.“ (HA am 06.11.2015). Ziel sei es, eine Reduzierung der Flüchtlingszahlen zu erreichen. Hierfür hatte vorher der bayerische Ministerpräsident Seehofer ein Ultimatum bis zum 1. November an die Kanzlerin gestellt. Bei dem Treffen am 01.11.2015 mussten zunächst gegensätzliche Auffassungen zwischen den Unionsparteien CDU und CSU ausgeräumt werden. Man erzielte eine Einigung darüber, „Transitzone an der Grenze einrichten zu wollen“ (HA am 03.11.2015). Am 04.11.2015 kam es mit der SPD zur Einigung auf Registrierungszentren.

Nur wenige Tage später schreckte der Bundesinnenminister die Koalition und Öffentlichkeit mit seinem Vorstoß auf, „syrischen Flüchtlingen nur noch einen eingeschränkten Schutz zu gewähren“. Danach würden Syrer nicht mehr automatisch als Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention anerkannt, sie hätten nur einen subsidiären Schutz mit Aufenthalt für ein Jahr ohne Familiennachzug (WA am 09.11.2015). Dieser Vorstoß, „den Familiennachzug für Flüchtlinge einzuschränken“, fand in der politischen Diskussion wachsende Zustimmung (HA am 10.11.2015). Die zum 1. November von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen für einen geordneten Zustrom der täglich bis zu 10.000 Flüchtlinge, die über den Balkan und Österreich nach Deutschland kamen, begannen zu wirken, weil auch die Bundespolizei am Aufnahme- und Verteilungsprozess beteiligt wurde. Täglich wurden 13 Sonderzüge und 190 Busse nach Angaben des Bundesverkehrsministeriums zur Verteilung der Flüchtlinge eingesetzt, um die Flüchtlinge zu den Aufnahmestellen in den Bundesländern zu transportieren (HA am 09.11.2015).

Die Flüchtlingskrise blieb jedoch weiter beherrschendes Thema in den Medien. Die Europäische Union bemühte sich, „dass die Türkei deutlich mehr Flüchtlinge als bisher bei sich aufnimmt“. Dabei hatte die Türkei „mehr als zwei Millionen syrische Flüchtlinge binnen vier Jahren aufgenommen“ (HA am 28.11.2015). Obwohl diese in der Türkei in Sicherheit vor den Bomben des syrischen Machthabers Assad und vor den Terroristen des IS“ sind, ist die Türkei „keine neue Heimat“, sie sind dort nur „Gäste“. Die Türkei will sie nicht integrieren. Das Land hat die Genfer Flüchtlingskonvention „nur zum Teil unterschrieben, was heißt, dass die Flüchtlinge nicht bleiben“ können und theoretisch „jederzeit aus dem Land geworfen werden“ können. Es ist ein Grund, weshalb viele nach Europa ziehen“. Einen Weg zurück nach Syrien gibt es oft nicht, weil viele Häuser zerstört und die Felder verwüstet sind (HA am 28.11.2015).

Angesichts dieses Zustands forderte die bayerische Staatsregierung wochenlang von der Bundesregierung strengere Kontrollmaßnahmen (HA am 27.10.2015). Auf dem Parteitag der CSU in München am 20.11.2015 kam es zu einer offenen Konfrontation mit der Kanzlerin. Hatte sie in ihrer Grußrede CSU-Chef Seehofer Entgegenkommen signalisiert, indem sie von „Ordnen und Steuern“ des Flüchtlingsstroms und der „Notwendigkeit zur schnellen Abschiebung“ sprach, so konterte dieser umgehend und betonte die „Notwendigkeit, dass „die große historische Aufgabe der Integration der Flüchtlinge nur mit der Zustimmung der Bevölkerung und nur mit einer Obergrenze zu haben ist“, woraufhin er „tosenden Applaus“ der Delegierten erhielt (Bild am 21.11.2015). Die Medien reagierten sehr kritisch. Ein derartiges Verhalten gegenüber einem amtierenden Bundeskanzler hätte es seit 1949 nicht gegeben, geschweige denn von der Schwesterpartei. Ende November versachlichte sich die politische Diskussion angesichts des unvermindert anhaltenden Zustroms an Flüchtlingen

nach Deutschland von täglich 8.000 bis 10.000 Menschen. Man einigte sich sachlich und sprachlich auf den Begriff „Kontingente“ (HA am 23.11.2015).

Am Freitag, 13.11.2015, war es am Abend in Paris während des Fußball-Länderspiels Frankreich-Deutschland (2:0) zu mehreren schweren Terroranschlägen gekommen, bei denen 132 Menschen getötet und 350 verletzt wurden (HA am 16.11.2015). Drei Terrorkommandos hatten wahllos auf Gäste in Restaurants geschossen und ein Blutbad in der Konzerthalle Bataclan angerichtet. Drei Attentäter sprengten sich während des Fußballspiels nahe dem Stade de France in die Luft. „Sie sollen geplant haben, im Stadion ein Massaker anzurichten, gelangten aber nicht in die Arena.“ (HA am 16.11.2015) In ganz Europa wurden die Sicherheitsvorkehrungen an Grenzen und öffentlichen Einrichtungen verschärft. Zugleich entstand in Deutschland eine Debatte über „mögliche Terrorrisiken durch Flüchtlinge“ und wachsenden Rechtsextremismus. Vor allem die CSU forderte „durchgehende Kontrollen an deutschen Grenzen“. „Die Zeit unkontrollierter Zuwanderung könne so nicht weiter gehen“ (HA am 18.11.2015). Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen hält die „Terrorgefahr durch Flüchtlinge allerdings für gering“, erklärte indes, „geordnete Verfahren bei der Einreise nach Deutschland seien für die Sicherheitsbehörden wichtig“ (HA am 18.11.2015). Unionspolitiker verlangten weiter einen „Abbau von Fehlanreizen“ und eine „Begrenzung der Zuwanderung“ etwa durch Zurückweisung „alleinreisender männlicher Flüchtlinge mittleren Alters quasi zur Abschreckung vorübergehend an der deutschen Grenze“ (WA am 28.11.2015). In Brüssel fand am 29.11.2015 eine EU-Gipfelkonferenz statt, auf der erneut mit der Türkei über eine Regelung zur besseren Versorgung der „2,2 Millionen Kriegsflüchtlinge“ in den Camps und über „einen Aktionsplan, um den Zustrom von Flüchtlingen nach Europa einzudämmen“, verhandelt wurde (HA am 30.11.2015). Trotz einer geringeren Zuwanderung nach Europa in der zweiten Novemberhälfte durch den Wintereinbruch blieb die tägliche Zahl neuer Flüchtlinge hoch. Bis Ende November waren 965.000 Flüchtlinge nach Deutschland gekommen (HA am 22.12.2015). Mitte Dezember erreichten täglich noch 3.000 Flüchtlinge über das Meer die griechischen Inseln (ARD-Tagesschau am 14.12.2015). Auf Parteitag von SPD am 10./11. Dezember und der CDU am 14./16. Dezember 2015 wurde um eine Begrenzung der Flüchtlingszahl mit unterschiedlicher Rhetorik gerungen. Die SPD plädierte für eine Begrenzung der Aufnahmefähigkeit, die CDU verhinderte durch einen Kompromiss im Leitantrag der Parteiführung die Festlegung auf „Obergrenzen“, die von der CSU gefordert werden. Thomas de Maiziere warb schon im September für eine Kontingentlösung. Einig waren sich beide Parteien in der Forderung, die Flüchtlinge an den EU-Außengrenzen aufzuhalten, damit die „Dynamik des Zustroms“ in die EU kontrolliert und die Integration verbessert werden könnte (FAZ am 11.12.2015). Zum Jahresende 2015 forderte die CSU im Hinblick auf die Anfang Januar 2016 stattfindende Tagung in Wildbad Kreuth für länger bleibende Migranten eine Integrationspflicht, d. h. Migranten sollten „zu

Deutschkursen und einem Grundwerte-Bekenntnis verpflichtet werden – sonst drohen notfalls Leistungskürzungen“ (WA am 29.12.2015), und Flüchtlinge ohne Ausweispapiere sollten an der Grenze sofort zurückgeschickt werden (BILD am 31.12.2015). Verschiedene Begriffe wie Obergrenze, Abschiebung, Grenzsperrren oder Sicherung der EU-Außengrenzen bestimmten bis Ende Januar 2016 die politische Auseinandersetzung. Die Bundesregierung verschärfte durch Beschluss des Asylpakets II das Zuzugsrecht von Angehörigen der Asylbewerber, um den Zustrom der Flüchtlinge zu begrenzen (HA am 25.01.2016). Auch die Bundeskanzlerin Angela Merkel schlug am 30.01.2016 auf dem Parteitag der CDU in Neubrandenburg „neue Töne in der Flüchtlingsfrage an“. Sie wies „den größten Teil der Flüchtlinge darauf hin, dass deren Zeit in Deutschland begrenzt“ sei (HA am 01.02.2016).

C Bedenken gegen die Aufnahme der Flüchtlingen

Die täglichen Nachrichten machen deutlich, dass die Anzahl der Flüchtlinge 2016 weiter steigen wird und die Unterbringungssituation sich bedrohlich verschärft. Schon 2015 gab es in Hamburg und Niedersachsen eine Diskussion über Gefahren in Massenunterkünften. Gefordert wurde: „Gettos für Flüchtlinge unbedingt verhindern!“ (HA am 30.10.2015; HA am 17.12.2015 für das Flüchtlingsheim Fiersbach). In Hamburg kamen 2015 etwa 30.000 Flüchtlinge an. Das waren „Kinder Frauen und Männer, die untergebracht werden müssen – zumindest bis Klarheit über ihren Status besteht“. Noch Ende Dezember fehlten in Hamburg 14500 feste Plätze für Flüchtlinge. Diese mussten „nun länger in Erstaufnahmeeinrichtungen wie Baumärkten oder Lagerhallen bleiben“ (Bild am 19.12.2015). „Mehr als jeder Dritte von ihnen hat eine realistische Chance, als Kriegsflüchtling oder politisch Verfolgter Asyl gewährt zu bekommen (HA am 30.10.2015). Es sind Menschen mit einer fremden Kultur, mit anderen Religionen und mit anderen Sprachen und Lebensgewohnheiten, die möglicherweise in einer Parallelgesellschaft in Deutschland verbleiben. Wie lange soll der Integrationsprozess dauern? Es verwundert nicht, wenn sich Bürger angesichts dieser Perspektive zunehmend Sorgen machen, wie sich ihr Dorf, ihre Stadt oder Kommune vor dem Hintergrund des großen Zuzugs verändern wird. Lassen sich, wenn Woche für Woche Hunderte neue Flüchtlinge kommen, wenn Gewalt und Streit in Notunterkünften zunehmen, wenn Initiativen juristisch und politisch gegen Unterkunftslager, deren Größe sie nicht für vertretbar halten, vorgehen, diese Menschenströme in unsere Städte und Dörfer integrieren?

Vor einem Jahr wurde die „Pegida“-Demonstration gegründet, deren Name für „Patriotische Europäer gegen Islamisierung des Abendlandes“ steht. Zum Jahrestag dieser islamfeindlichen Bewegung am Montag, 19. Oktober 2015, trafen sich in Dresden 15.000 bis 20.000 Anhänger. „Das hat vor allem mit der Flüchtlingskrise zu tun. Sie verschafft Pegida einen unverhofften Aufwind“ (HA am 21.10.2015). Im Verlauf dieser Kundgebung wurden führende deutsche Politiker verunglimpft. „Die Gefahr, die von Ausländerfeindlichkeit ausgeht,

wurde lange nicht ernst genommen und der rechtsextreme Hintergrund unterschätzt (HA am 26.10.2015). Gewalt gegen Flüchtlinge wurde im Dezember in Jahnsdorf bei Chemnitz offenbar, als 30 Personen einen Bus, der Asylsuchende in eine Flüchtlingsunterkunft bringen sollte, an der Ankunft hindern wollten. „Drei bis sechs Täter hätten aus der Gruppe heraus Steine geworfen und Böller angezündet. Scheiben gingen zu Bruch, der Busfahrer verletzte sich einen Fuß, und die Menschen im Bus seien so verängstigt gewesen, dass sie in eine andere Unterkunft gebracht wurden“ (HA am 12.12.2015). In einer Schule in Wurzen bei Leipzig verletzten deutsche Achtklässler mehrere Kinder von Asylananten (WA am 12.12.2015). Am Jahresende führte der Hass im Internet dazu, dass auf der Pegida-Seite von Facebook zahlreiche Nutzer dazu aufgerufen haben, den Grünen-Politiker Volker Beck zu misshandeln und sogar zu töten (HA am 30.12.2015). Wie „Der Spiegel“ in der Weihnachtsausgabe schrieb (Nr. 53 vom 24.12.2015), gab es „sehr böartige Kritik an der Willkommenskultur“, „gerade auch von Intellektuellen, von meist älteren Männern, Professoren im Ruhestand und anderen vermeintlichen Stützen der Gesellschaft, dass rechte Kräfte sich wieder gefragt fühlten“, welche vor „Belastungen durch die Flüchtlingskrise“, vor „den Risiken, dem Werteverfall der Immobilien und möglichen Verbrechen“ warnten. Ende Dezember 2015 forderten Unionspolitiker aus Sorge über entstehende Parallelgesellschaften eine Integrationspflicht für Flüchtlinge. Die Silvester-Übergriffe von „Männern mit Migrationshintergrund auf Frauen“ in Köln und Hamburg bestärkten Teile der Bevölkerung und Politiker in der Ablehnung weiterer unkontrollierter Flüchtlingsströme (HA am 08.01.2016).

D Ausblick auf das Jahr 2016

„Die Flüchtlingspolitik wird auch in Zukunft ein zentrales Thema bleiben.“, betont das UN- Flüchtlingshilfswerk UNHCR. Im Jahr 2016 rechnet es mit einem neuen Flüchtlingsrekord. Voraussichtlich werden mehr als 60 Millionen Menschen auf der Flucht sein. Der scheidende UN-Flüchtlingskommissar Antonia Guterres sagte: „Es war nie wichtiger, Toleranz, Mitgefühl und Solidarität gegenüber den Menschen zu zeigen, die alles verloren haben“ (HA am 19.12.2015). Nachdem 2015 eine Million Flüchtlinge allein in Deutschland Asyl gesucht haben, sind Veränderungen in Europa und Deutschland sichtbar geworden. In Europa ist z. B. in Ungarn, Polen und Frankreich bei Wahlen ein Rechtstrend eingetreten. In diesen Ländern zeigte sich eine „große Verunsicherung der Bevölkerung, die Angst um den eigenen Wohlstand hat, sich vor Überfremdung fürchtet und eigene Interessen in den Vordergrund stellt“. Die Konzentration auf nationale Belange findet ihren Ausdruck auch in einer Umfrage, nach der von 100 Befragten in Deutschland 70 Prozent der Meinung sind, dass Europa weiter auseinanderdriftet (BAT-Stiftung für Zukunftsfragen; HA am 21.12.2015). EU-Kommissar Günther Oettinger ist über den Zustand der EU in Sorge: „Ich habe erstmals Angst, dass die EU zerfällt“ (Bild am 30.12.2015). Stimmt die übergroße Mehrheit der Parteimitglieder

(976:2:2) der Flüchtlingspolitik Angela Merkels in Form des Leitantrages auf dem CDU-Parteitag am 14. Dezember in Karlsruhe vor knapp 1000 Delegierten mit zehnminütigen Ovationen zu (HA und WA am 15.12.2015), so gab es nach einer ARD-Umfrage vom 18. Dezember nur bei 42 (43) Prozent der Deutschen Zustimmung, 57 Prozent hingegen waren mit ihrem Kurs wenig (33 Prozent) oder gar nicht (24 Prozent) zufrieden (HA am 19.12.2015). Selbst „wenn das Vertrauen in Europa verloren geht“, ist nach der BAT-Analyse festzustellen, „rücken die Menschen in Deutschland wieder enger zusammen“: 39 Prozent 2013, 41 Prozent 2014, 44 Prozent 2015. Besonders die „nachwachsende Generation sieht eine Renaissance der Gemeinschaft“ (HA am 21.12.2015). Aus diesem Gemeinschaftsgefühl und dem Bewusstsein der Stärke Deutschlands heraus (Trierischer Volksfreund, zitiert HA am 24.12.2015) ist die Verantwortung für die Not der Flüchtlinge erwachsen. Bundespräsident Joachim Gauck zeigte sich in seiner Weihnachtsansprache sicher, „dass Deutschland die Flüchtlingskrise meistern werde“. „Wir haben gezeigt, was in uns steckt – an gutem Willen und an Professionalität, aber auch an Improvisationskunst“. Er würdigte die vielen ehrenamtlichen Helfer, Organisationen, Mitarbeiter in den zuständigen Behörden, Polizisten und deutschen Soldaten. „Sie alle sind zum Gesicht eines warmherzigen und menschlichen Landes geworden“ (WA am 24.12.2015). Der Wirtschaftswissenschaftler Prof. Karl-Werner Hansmann geht davon aus, „dass der Zustrom von Asylsuchenden von einer Million in diesem Jahr (2015) auf etwa 700.000 im kommenden Jahr sinken und in den Folgejahren weiter abnehmen wird.“ „Rein ökonomisch wird Deutschland von den Migranten profitieren – jedenfalls von etwa 2020 an“ (HA am 30.12.2015).

E Auswirkungen der Flüchtlingskrise in Hamburg

„In Hamburg sind 2015 fünf Mal mehr Flüchtlinge angekommen als 2014. Die Menschen reagierten mit großer Hilfsbereitschaft und Herzlichkeit.“ Aber die Zusammenarbeit der Innenbehörde, zuständig für die Erstaufnahme von Asylbewerbern, mit der Sozialbehörde, zuständig für die Folgeunterbringung von Flüchtlingen, musste erst besser organisiert werden (HA am 29.12.2015, auch für die folgenden Angaben). Denn 2014, als die Flüchtlingskrise in anderen Teilen der Welt schon einige Jahre existierte, waren im ganzen Jahr nach Hamburg nur 11475 Flüchtlinge gekommen, „auch dank des so genannten Dublin-III-Abkommens, wonach über den Asylanspruch eines Flüchtlings in dem Land entschieden wird, in dem dieser EU-Boden betrat. In jener Zeit war das vor allem Italien.“ Im Jahr 2015 kamen rund 65.000 Flüchtlinge nach Hamburg. Obwohl zu Beginn des Jahres der Flüchtlingszustrom nach Hamburg gering war, hatte der Senat den Umbau des ehemaligen Kreiswehrrersatzamtes an der Sophienterrasse zu einer Flüchtlingsunterkunft vorsorglich beschlossen. Das Verwaltungsgericht der Hansestadt stoppte jedoch am 23. Januar das Vorhaben. Damit begann das ganze Jahr 2015 über eine Auseinandersetzung zwischen Verwaltung und Bürgern über Standorte, die teils vor Gericht ausgetragen wurden, teils durch Kompromisse endeten. Senat, Bürgerschaft und die sieben

Bezirksverwaltungen standen bald unter großem Druck, weil im Spätsommer in Hamburg die eigentliche Flüchtlingskrise begann. Das ließ sich an der Statistik ablesen: bis Mai kamen 2000 Flüchtlinge, im Juni 3404, im Juli 5709, im August 6676, im September 10.100, im Oktober 10.437, im November 9588, zusammen 55.046, hochgerechnet für das ganze Jahr ergab sich eine Zahl von 65.000 gegenüber 2014 von 11.475 Flüchtlingen. Der Senat bewilligte erst 152 Millionen Euro für 2015, später für 2015 und 2016 570 Millionen für die Unterbringung und Integration der Flüchtlinge. Die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung war sehr groß. „In mehreren Stadtteilen bildeten sich Initiativen, die den staatlichen Aufnahmeeinrichtungen unter die Arme griffen. Unbürokratisch wurde Kleidung gespendet, Essen organisiert, Betreuung sichergestellt. Ein Aufruf des Abendblatts führte beispielsweise dazu, dass sich an einem einzigen Tag etwa 10.000 Hamburger meldeten und spendeten“ (HA am 29.12.2015). Dennoch gab es Engpässe. In Hamburg hörte Ende September der gewaltige Zustrom an Menschen nicht auf. Am 29. September 2015 konnten „rund 500 Menschen weder in Zelten noch Containern untergebracht werden. Die Flüchtlinge mussten unter freiem Himmel vor der Registrierungsstelle in der Harburger Poststraße übernachten“ (HA am 01.10.2015). Bei sinkenden Temperaturen verschärfte sich die Flüchtlingskrise Anfang Oktober, als täglich 600 Flüchtlinge nach Hamburg kamen. 2014 waren es im Monat 600 gewesen (Bild am 10.10.2015). Mitte Oktober waren 3.600 Asylbewerber ohne ein festes Dach über dem Kopf (HA am 14.10.2015). Anfang November spitzte sich die Flüchtlingskrise hier noch deutlich zu. „Täglich standen mehrere Hundert Menschen am Hauptbahnhof, die in der Regel nach Skandinavien weiter reisen wollen.“ Für sie mussten kurzfristig neue Schlafplätze gefunden werden (HA am 07.11.2015). 2015 rechnete Hamburg mit 20.000 Flüchtlingen, 2016 mit der doppelten Zahl (HA am 27.10.2015). Es sollten 65.000 werden. Die Koalitionsfraktionen von SPD und Grünen hatten sich angesichts der wachsenden Zahl von Flüchtlingen in Hamburg auf einen Maßnahmenkatalog geeinigt, „um die Flüchtlinge aus Zelten und Behelfsunterkünften zu bekommen und menschenwürdig unterzubringen“. Gebaut werden sollen 5.600 Wohnungen für 28.000 Flüchtlinge (HA am 08.12.2015). In Berlin warteten zu diesem Zeitpunkt 3000 Flüchtlinge in Tempelhof auf Unterbringung (HA am 07.12.2015). Die Gerichtsentscheidung, die Flüchtlingsunterkunft in Lemsahl-Mellingsstedt zu stoppen, stellte die Behörden vor ein Dilemma, weil weitere 1000 Flüchtlinge länger in Erstaufnahmeeinrichtungen wie Baumärkten oder Lagerhallen bleiben mussten. Das Gericht stoppte den Bau des Flüchtlingsdorfs in Klein Borstel und forderte kleinere Einrichtungen, keine Großeinrichtungen (HA am 08.01.2016). Insgesamt fehlten nun noch 14.500 Plätze bis zum Jahresende (Bild am 19.12.2015). Hinzu kamen Schlafplätze für Migranten, die sich nach dem Transport aus Hannover nach Winsen nicht registrieren ließen, weil sie weiter nach Skandinavien reisen wollten. Rechtzeitig vor dem Kälteeinbruch am 31.12.2015 hat die Stadt „alle Flüchtlinge, die in nicht winterfesten Zelten an der Schnackenburgallee lebten, in feste Unterkünfte

verlegt“ (HA am 05.01.2016). Anfang 2016 verzichtete die Stadt auf Großsiedlungen für Flüchtlinge (HA am 04.01.2016).

F Auswirkungen der Flüchtlingskrise in Niedersachsen und im Landkreis Harburg

Auch in Niedersachsen erwies sich die Unterbringung der Flüchtlinge als eine sehr schwere Aufgabe. Das Land musste 2015 über 100.000 Menschen aufnehmen. Das ist wie in Hamburg eine Verfünffachung gegenüber 2014 (WA am 02.01.2016). Für 2016 rechnet Niedersachsen mit einer Verdoppelung der Zahl der Flüchtlinge (NDR III, Hallo Nds. am 29.12.2015). Ministerpräsident Stephan Weil besuchte am 22. Dezember die von der Johanniter-Unfall-Hilfe betriebene Notunterkunft für insgesamt 1750 Flüchtlinge am Ortsrand von Sarstedt und warb um Verständnis für die aktuelle Unterbringungssituation. Im Gespräch mit Flüchtlingen und Helfern ging es ihm um praktische Fragen der Asylanten, und er warb um Verständnis: „Deutschland gibt sich große Mühe zu helfen, aber wie Sie alle wissen, klappt noch nicht alles.“ „Hier in Niedersachsen haben wir viele Menschen, die ein ganz großes Herz haben“ (WA am 23.12.2015). In seiner Neujahrsansprache bezeichnete er die Integration der Flüchtlinge als „die Hauptaufgabe für das Land“. Er lobte die „Welle der Hilfsbereitschaft, auf die wir miteinander wirklich stolz sein können“, aber Deutschland müsse 2016 „zu einer organisierbaren Form der Zuwanderung zurückkehren“ (WA am 02.01.2016). „Täglich sind 2015 im September, Oktober, November 1000 Menschen nach Niedersachsen gekommen“ (WA am 02.01.2016). Das führte zum Amtshilfeersuchen des Landes Niedersachsen an die Landkreise und Kommunen, zusätzliche Kontingente zur regulären Zuweisung aufzunehmen, weil inzwischen bei der Unterbringung der Notstand eingetreten war. Die Erstaufnahme-Einrichtungen z. B. in Bramsche und in Friedland waren völlig überlastet und quollen schon ab August mit 3000 Flüchtlingen über (NDR III, Hallo Nds. am 29.12.2015). Auch im Camp Fallingbostal, das vom Deutschen Roten Kreuz betrieben wird, stieg die Zahl auf 2500, ähnlich im Camp Oerbke, das von der Johanniter-Unfallhilfe betrieben wird, auf 1200. Doch die Plätze reichten nicht aus. Als der Frost Mitte Oktober einsetzte, waren „derzeit noch 4.000 Flüchtlinge in Niedersachsen in Zelten“ untergebracht, die erst winterfest gemacht werden mussten (HA am 12.10.2015). Deshalb hatte der Niedersächsische Innenminister Boris Pistorius entschieden, „dass die Kommunen die neu ankommenden Flüchtlinge im Rahmen der Amtshilfe vorübergehend direkt aufnehmen müssen.

Auch der Landkreis Harburg war davon betroffen und musste „in dieser Oktober-Woche 2015 insgesamt 300 Flüchtlinge zusätzlich zu den wöchentlichen Zuweisungen von 70 bis 80 Asylbewerbern aufnehmen“ (HA am 21.10.2015). Die Kreisverwaltung hatte im September 2015 angesichts der angekündigten Zuweisungsquote von 80 Menschen pro Woche vorgesorgt und bereits mehrere Plätze geschaffen, die durch die zusätzliche Zuweisung des

Landes belegt werden mussten (HA am 21.10.2015; WA am 22.10.2015). Die am 20. Oktober neu ankommenden Männer und Frauen wurden im Rahmen dieser ersten Amtshilfeaktion für das Land nach der Erstverpflegung, namentlichen Erfassung, medizinischen Untersuchung und Aushändigung der Erstaufnahmebestätigung mit Kleinbussen des Deutschen Roten Kreuzes in feste Unterkünfte in Gödenstorf und Eyendorf, in ein Hotel in Winsen und in Container in Handeloh gefahren. In den Unterkünften nahmen Mitarbeiter des Kreises, weitere ehrenamtliche Helfer und Mitarbeiter von Human Care die Menschen im Empfang. Das Aufnahmeverfahren im Kreishaus war erst mitten in der Nacht um 2.30 Uhr beendet worden. „Die Kreisverwaltung wurde in dieser Nacht von 50 Einsatzkräften der ehrenamtlichen Hilfsdienste des Deutschen Roten Kreuzes, der Johanniter Unfallhilfe, der Freiwilligen Feuerwehr und zahlreichen ehrenamtlichen Helfern des Herbergsvereins und des evangelischen Kirchenkreises Winsen tatkräftig unterstützt. Neben den Mitarbeitern der Abteilung Migration und des Gesundheitsamtes einschließlich der Ärzte begleiteten weitere Mitarbeiter des Landkreises Harburg die Aufnahme der Flüchtlinge. Unbegleitete Jugendliche wurden von Mitarbeitern des Jugendamtes und der Erziehungsberatung betreut“ (WA am 22.10.2015). Weitere Unterkünfte wurden in Niedermarschacht, Neu Wulmstorf und Heidenau vorbereitet (WA am 16.10.2015). Am 23. und 26. Oktober kamen je 150 weitere Flüchtlinge mit der Bahn und mit Bussen aus Bayern in Winsen an (WA am 23.10.2015). Der Landkreis Harburg und seine vielen ehrenamtlichen Helfer mussten sich am Montag, 2. November, erneut im Wege der Amtshilfe bei der Erstaufnahme auf die Sonderzuweisung von 153 Flüchtlingen im dritten Amtshilfeersuchen für das Land Niedersachsen einstellen. Diese waren wie andere vorher aus Bayern mit dem Zug nach Hannover-Laatzten gereist und in drei Busse umgestiegen, die sie nach Winsen brachten. Unter ihnen befanden sich 10 Familien mit Kindern, die aus Syrien, Afghanistan, dem Irak, Marokko und dem Iran stammten. Ein großer Teil reiste „auf eigene Faust“ weiter, die Übrigen wurden in Unterkünfte in Winsen, Eyendorf, Gödenstorf und Handeloh einquartiert (HA am 03.11.2015; Nordheide Wochenblatt am 04.11.2015). Die Jesteburger Feuerwehr war mit ihren Fahrzeugen am Transport der Flüchtlinge in die Quartiere beteiligt. Am 6. November kamen weitere 120 Flüchtlinge, ausschließlich Familien mit Kindern aus Syrien, Afghanistan und dem Irak in Winsen an. Die Erstaufnahme der Flüchtlinge verlief nach bewährtem Muster, viele ehrenamtliche Helfer standen bereit, jedoch reisten 17 Personen auf eigene Faust weiter. Denn „Flüchtlinge unterliegen vor ihrer regulären Zuweisung keiner Residenzpflicht“ (HA am 10.11.2015). Die Kreisverwaltung in Winsen beabsichtigt vorerst nicht, „öffentliche Räume zur Unterbringung der Flüchtlinge“ in Anspruch zu nehmen (WA am 31.10.2015). Landrat Reiner Remppe sah in der Bewältigung der Flüchtlingssituation auch die große Herausforderung für das Jahr 2016. In seinen Jahresrückblicken (WA am 28.12.2015 und 07.01.2016) dankte er den vielen ehrenamtlichen Helfern und Mitarbeitern der Behörden für ihren großen Einsatz. „Derzeit sind über 3000

Asylbewerber im Landkreis untergebracht. Die Aufgabe, diese Menschen aufzunehmen und zu integrieren, stellt Landkreis, Städte und Gemeinden vor große Herausforderungen, die wir nur gemeinsam meistern können.“ Weiter sprach er über die positive Entwicklung des Landkreises Harburg, der seinen Wachstumskurs fortsetzen konnte. So habe der Bevölkerungszuwachs um 2500 auf 245700 Personen zugenommen bei steigender Zahl der Beschäftigten und einer Arbeitslosenquote von nur 4,2 Prozent, und die geplanten Investitionen hätten umgesetzt werden können. Jedoch mussten die Kreisumlage von 48,5 auf 51,5 Prozent und der Kreditrahmen erhöht werden. Grund dafür „waren vor allem die nicht kostendeckenden Erstattungsbeiträge des Landes Niedersachsen für die Unterbringung und Betreuung der steigenden Zahl der zugewiesenen Flüchtlinge.“ Landrat Rempe rechnet „für 2016 mit einem Defizit von 54 Millionen Euro allein aus der Arbeit der Abteilung Migration“ (WA am 30.12.2015). Die Länder rechnen 2016 mit 17 Milliarden Euro für die Unterbringung der Flüchtlinge (Hallo Nds. am 29.12.2015).

Auf einer Einwohnerversammlung der Stadt Winsen am 10.11.2015 gab der Sozialdezernent des Landkreises Harburg, Reiner Kaminski, bekannt, dass die Amtshilfe für das Land bis zum Jahresende verlängert würde. Noch am selben Tag waren erneut 100 Flüchtlinge in Bussen in Winsen angekommen. Damit erhöhte sich die Zahl der in Amtshilfe für das Land übernommenen Flüchtlinge auf 749 (WA am 12.11.2015). Bis Ende Januar 2016 sollen regulär noch 948 Neuankömmlinge aufgenommen werden. „Sie zu versorgen und unterzubringen, erfordert inzwischen die letzten Kräfte von bis zu 100 Ehrenamtlichen und 50 Mitarbeitern des Landkreises. Sie hatten erst am vergangenen Wochenende, um 150 Flüchtlinge aufzunehmen, „von Freitagabend um 20 Uhr bis Sonnabend Morgen um fünf Uhr durchgearbeitet.“ „Wir müssen uns überlegen, ob wir die Helfer nicht überfordern“, sagte Reiner Kaminski (HA am 12.12.2015). Durch eine vorausschauende Politik im Landkreis wurde rechtzeitig „für ausreichende Unterkünfte“ bis Ende Dezember gesorgt. Wenn aber, wie vom Land für 2016 angekündigt, 4000 oder mehr Asylsuchende kommen sollten, wird es schwierig, ausreichend menschenwürdige Unterkünfte zu finden. Dann ist nicht auszuschließen, dass auf „betriebene Turnhallen“ zurückgegriffen werden muss (HA am 12? und 31.10.2015). Zunächst hat Landrat Rainer Rempe mit den Bürgermeistern beschlossen, in den bestehenden Unterkünften die Zimmer statt mit zwei nun mit drei Personen zu belegen und zusammen mit den Gemeinden weitere Standorte für Unterkünfte zu finden (WA am 17.10.2015). Rund 1000 Flüchtlinge suchen im Landkreis eine Beschäftigung. Erster Kreisrat Kai Uffelmann betonte bei einer Informationsveranstaltung für Unternehmer am 18. Januar in Nenndorf: „Der Arbeitsmarkt muss eine zentrale Rolle bei der Integration der Flüchtlinge spielen“ (NW Internet am 22.01.2016). Immer mehr Betriebe wären bereit, Flüchtlingen mit Bleibeperspektive Möglichkeiten zur Beschäftigung anzubieten (HA am 11.01.2016).

Deutschland. Auch aus den Krisengebieten Iran und Irak hielt der Andrang der Asylbewerber unvermindert an. Einige „Städte und Gemeinden hatten ihre Häuser für Flüchtlinge bereits vor Jahren verkauft“. „Wir suchen dringend ehemalige Hotels, Gasthöfe, Bauernhäuser und andere große Gebäude mit Küchen und Gemeinschaftsräumen, in denen wir die Menschen einweisen können“, sagte Kreissprecher Bernhard Frosdorfer den HAN (13.02.2013). Der Landkreis musste bis zum Jahresende 2013 400 neue Flüchtlinge zu den bereits vorhandenen 380 Flüchtlingen aufnehmen. Ein erster Aufruf hatte in Buchholz und Stelle Erfolg gebracht. „In Undeloh stieß der Landkreis bei seiner Raumsuche allerdings auf Granit. Aufgeregte Bürger und der Gemeinderat hatten die Umwandlung des ehemaligen Hermann-Löns-Cafes in ein Asylantenheim, in dem 29 allein stehende Männer untergebracht werden sollten, abgelehnt. Erheblich weniger Asylbewerber vermeldete die Samtgemeinde Jesteburg. „Nur eine vierköpfige Familie sei in einer Mietwohnung am Seeufer untergebracht.“ Notfalls könnte Jesteburg „vorübergehend Flüchtlinge in unsere beiden Obdachlosenunterkünften an der Kleckerwaldstraße in Bendestorf und Am Alten Moor in Jesteburg aufnehmen“, sagte Ordnungsamtsleiter Holger Schölzel (HAN am 13.02.2013). Der Sozialausschuss der Samtgemeinde Jesteburg beschäftigte sich am 10. Oktober 2013 mit der Einsetzung von zwei Integrationsbeauftragten. Vorgeschlagen und beauftragt wurden Margarete Ziegert und Peter Otte, die den Asylanten bei der Integration helfen sollten (NW am 09.10.2013). Im November 2013 kamen 18 Flüchtlinge aus Somalia, Afghanistan und von der Elfenbeinküste nach Jesteburg. Sie wurden in Gemeindeunterkünften und in Privathäusern untergebracht, die der Landkreis angemietet hatte. Bürgermeister Udo Heitmann, Pastorin Ellen Kasper und 50 Helfer hießen die Neuankömmlinge auf einem Begrüßungsempfang im evangelischen Gemeindehaus herzlich willkommen. Die Integrationsbeauftragten berichteten von der Unterstützung durch die Kirche und den VfL Jesteburg und SV Bendestorf. Ein Deutschkurs wurde für den 2. Dezember angekündigt. „Dank der Spendenfreudigkeit der Jesteburger können die Asylbewerber weit über den Umfang der Erstausrüstung durch den Landkreis versorgt werden“, sagte Margarete Ziegert aus der Erfahrung ihrer Arbeit in der Kleiderkammer (WA am 30.11.2013; NW am 11.12.2013). Neben der Kleiderkammer sind noch fünf örtliche Hilfsinitiativen zu nennen: Erstens ist der vorbildliche und unermüdliche Einsatz der Mitarbeiter der Verwaltung, besonders des Sozialamts der Samtgemeinde, zu nennen. Zweitens gibt es auch für Straßenkinder in Rumänien wie in den Vorjahren viele Spenden in der Kleiderkammer. Ein Helferteam mit Elke Ruhle und Maria Meyer hat einen Aufruf gestartet. Viele hilfsbereite Bürger haben warme Kleidung wie Handschuhe, Schals und Mützen, auch Spielzeug, Schokolade und Kekse gespendet. Die Weihnachtspakete wurden von der Internationalen Paketaktion Osteuropa (IPO) mit Sitz in Hamburg nach Rumänien transportiert (WA am 11.12.2013). Die Aktion gibt es seit 2001. 2015 waren es schon 180 Pakete aus Jesteburg, die nach Rumänien zu einem Waisenhaus und inzwischen

auch nach Moldawien und in die Ukraine gebracht wurden (NW am 30.12.2015). Drittens werden seit Jahrzehnten von der Kirchengemeinde zuerst mit Dorle Mossau und später mit Barbara und Reinhard Schubert Kinder aus Tschernobyl in Jesteburg untergebracht und betreut. Viertens sammelt ebenfalls seit Jahrzehnten die Familie Heinacher Spenden für die Ostpreußenhilfe und fünftens hat in den 1990er-Jahren die ehrenamtliche Flüchtlingshelferin Brigitte Ahrens aus Asendorf als Einzelperson mit ihrer roten „Ente“, die hinten die Aufschrift „Alle Menschen sind Ausländer“ trug, durch Gespräche und materielle Hilfen Asylsuchenden und ihren Kindern im Kindergarten Seeveufer in Jesteburg geholfen. Internationale Hilfsangebote aus Jesteburg gibt es von Ute Sonntag mit der „Kolumbien-Hilfe e. V.“ von 1985, gegründet 1979 als Privatinitiative der Familie Sonntag, und dem „Sambia-Förderverein e. V.“ als Hilfe zur Selbsthilfe, vornehmlich AIDS-Prävention, von Dr. Werner Huber in Lusaka.

Die Suche nach Unterkünften blieb für die Samtgemeinde Jesteburg weiter ein großes Problem, besonders für die Obdachlosen und Durchreisenden. Denn das Quartier „Am Alten Moor“ musste wegen des Schützenhausneubaus abgerissen werden. Ein schon beschlossener Neubau am Sandbarg konnte nicht mehr realisiert werden, weil auf dem Grundstück Container für Asylbewerber vom Landkreis aufgestellt werden sollten. Die Zahl der Asylanten im Landkreis hatte sich gegenüber 2013 auf 800 im Jahr 2014 verdoppelt (NW am 16.04.2014 und Kreiskalender 2016). Dieser Standort am Sandbarg 33 liegt mitten im Dorf auf der anderen Straßenseite gegenüber der ehemaligen Schule. Mit den Bauarbeiten der Wohncontainer hatte der Landkreis im Frühjahr begonnen. Errichtet wurden vier Container für 16 Personen, zwei Container für acht Personen. Im alten Fachwerkhaus war Platz für sechs Personen, insgesamt konnten 30 Personen Platz finden (NW am 23.04.2014). Als Betreiber übernahm die Firma Human Care im Auftrag des Kreises die Heimleitung und soziale Betreuung. Die Bevölkerung konnte die fertige Anlage am 16.09.2014 anlässlich einer Informationsveranstaltung von Landkreis und Gemeinde besichtigen. Bekannt gegeben wurde, dass in der Samtgemeinde Jesteburg bisher 28 Asylbewerber untergebracht waren. Hinzu kamen jetzt 30 am Sandbarg und sechs weitere in einer Wohnung am Pfarrweg, zusammen 64 Flüchtlinge. Zum Jahreswechsel beabsichtigte der Landkreis, eine weitere Unterkunft für 20 Flüchtlinge am Erikaweg 1, das ehemalige Puppenmuseum von Dieter und Ingrid Greiff, und das Hotel Niedersachsen für 40 Asylbewerber zu mieten. Angesichts der dramatisch steigenden Zahlen von Asylbewerbern blieb dem Landkreis Harburg keine Wahl, „alle verfügbaren Unterkünfte – notfalls auch Turnhallen und leer stehende Pflegeheime“ – anzumieten. (HA am 09.09.2014). Dazu mussten alle Gemeinden Asylbewerber aufnehmen. In Jesteburg fragte man sich: „Aber müssen es denn allein in Jesteburg mehr als 110 Personen sein?“ (NW am 17.09.2014) Die Gemeinde und viele ehrenamtlich tätige Bürger hatten sich darauf vorbereitet. Bereits seit Wochen gab es an jedem ersten Donnerstag im Monat im Gemeindehaus der St. Martins-Kirchengemeinde einen Helfer-Kreis,

das „Cafe Farbenfroh“. (NW am 20.09.2014). Ein Einwohner erinnerte in einem Leserbrief an die „Verfolgung jüdischer Mitbürger, Roma und Sinti, politisch anders denkender Menschen“ vor 80 Jahren in Deutschland und plädierte: „Flüchtlinge – wir sollten sie willkommen heißen!“ (NW am 01.10.2014) Vor Weihnachten 2014 lebten 116 Flüchtlinge in der Samtgemeinde. Laut einer Übersicht der Samtgemeinde stammten sie „überwiegend aus den Krisengebieten Somalia, Sudan, Elfenbeinküste, Syrien, Iran, Georgien, Ukraine und Afghanistan“. „Bis zum Ende des Jahres werden es ca. 130 Personen sein. Zuständig für die Unterbringung ist der Landkreis Harburg mit Sitz in Winsen. Die Flüchtlinge sind in folgenden Unterkünften untergebracht: Wohnheim Sandbarg 30 Personen, Hotel Niedersachsen Hauptstraße 60 ca. 40 Personen, ehemaliges Puppenmuseum im Erikaweg ca. 20 Personen, Pfarrweg 6 Personen, Seevekamp 9 Personen und in Bendestorf Gartenstraße 18 Personen (bendestorf.de/potal/fluechtlinge am 11.12.2014). Für die Integration setzte die Samtgemeinde ein deutliches Zeichen. Flüchtlinge und Bürger feierten vor Weihnachten gemeinsam ein „Fest der Begegnungen“ im evangelischen Gemeindehaus. Dazu hatten die Integrationsbeauftragten Margarete Ziegert und Peter Otte zusammen mit dem „Cafe „Farbenfroh“ und dem ehrenamtlichen Helferkreis – 28 Personen aus Jesteburg und Bendestorf – eingeladen. Auch die Verwaltungsspitzen der Gemeinde und Samtgemeinde und die Integrationsbeauftragte des Landkreises, Ute Köchel, nahmen teil. „Da die Flüchtlinge aus 15 verschiedenen Ländern aus Kriegs- und Krisengebieten kommen, waren Dolmetscher für Englisch, Russisch und Arabisch im Einsatz“ (NW am 17.12.2014). Auch der VfL Jesteburg förderte das Verständnis für die Asylsuchenden. Ein Beispiel: Am Sonntag, 15. März 2015, spielten „die kleinen Kicker der U6“ Fußball gegen eine Mannschaft vom TV Welle“ auf der Anlage „Am Alten Moor“ und „gleich neben den Fußballzweigen spielten Flüchtlinge gemeinsam mit Jesteburgern Fußball. Sprachprobleme? Die gibt es beim Kicken nicht. Es war richtig was los.“ Nach dem Spiel stürmten alle zu dem Libanesen Hassan P., der auf der Naturbühne stand und rhythmisch auf seine Trommel schlug. Einige Jungen durften die Trommel ausprobieren. Der Libanese ist Berufsmusiker und wohnte im Hotel Niedersachsen. Die Presse lobte dieses Engagement der Jesteburger für Flüchtlinge (NW am 18.03.2015). Im April 2015 wurden zu den 130 bereits in der Samtgemeinde untergebrachten Flüchtlingen noch 30 im Hotel Niedersachsen einquartiert, wo nach Umbaumaßnahmen die Kapazität für die Unterbringung von weiteren 60 Asylsuchenden erhöht werden sollte, sodass die Samtgemeinde dann „knapp 200 Plätze vorhalten konnte (NW am 21.03.2015; WA am 21.03.2015). Nach einer Statistik des Landkreises hat die Samtgemeinde Jesteburg von 2011 bis Juli 2015 insgesamt 188 Flüchtlinge aufgenommen (HA am 18.09.2015).

Samtgemeindebürgermeister Hans-Heinrich Höper und Ortsbürgermeister Udo Heitmann hatten in einem Info-Schreiben der Gemeinde Jesteburg vom 06.10.2015 die wichtigsten aktuellen „Hilfen vor Ort“ aufgelistet. Zusätzlich zu der seit über 20 Jahren bestehenden Kleiderkammer mit ihrem ehrenamtlichen

Helferkreis – neuer Standort seit 2016 in der ehemaligen Schule am Sandberg – und dem „Cafe farbenfroh“ an jedem 1. Donnerstag im Monat im evangelischen Gemeindehaus hat sich der „JesteTreff“ zu einer wichtigen Begegnungsmöglichkeit für Einheimische und Flüchtlinge entwickelt. Schon beim ersten Treffen Anfang Juni 2015 konnten Johanna Lehmberg, Jutta Ebeling, Martina Marten und Dorle Mossau vom Helferkreis „mehr als 50 Flüchtlinge aus Afrika und dem Nahen Osten“ begrüßen. Aus Jesteburg und Umgebung waren knapp 50 deutsche Besucher zu dieser Begegnung in das Gemeindehaus gekommen. Weitere Treffen fanden an jedem dritten Sonnabend im Monat statt (NW am 10.06.2015). In Jesteburg folgten noch Veranstaltungen zum Kennenlernen, z. B. am 19. Juli das große Fest der Kulturen im Rahmen eines Gottesdienstes und rund um das Heimathaus. „Viele Flüchtlinge und Helfer wirkten mit“. Gezeigt wurde der Film „Willkommen auf Deutsch“ (WA am 29.12.2015). Am 10. Oktober veranstaltete das Podium den „Abend für den Frieden“ im Heimathaus, und für Flüchtlingskinder sammelte die Feuerwehr Kuscheltiere und der Reit- und Fahrverein Nordheide organisierte einen Aktionstag für Flüchtlingsfamilien (NW am 20.01.2016). Der Journalist Hans-Jürgen Börner, der Fotograf Hauke Gilbert und die Flüchtlingsbeauftragte des Landkreises Mariam Wehbi hatten ein „unkonventionelles Foto-Projekt“ unter dem Motto ‚Dank an Jesteburg‘ gestartet. 20 Männer und Frauen aus der Flüchtlingsunterkunft in ehemaligen Hotel Niedersachsen waren bereit, sich fotografieren zu lassen. Die Ausstellung „Jesteburger Flüchtlinge zeigen Gesicht“ mit den großformatigen Bildern soll an wechselnden Plätzen und Orten gezeigt werden und Menschen zum Gespräch über das Schicksal der Flüchtlinge bringen (HA am 23.10.2015). Denn die Flüchtlinge sind da. „Wir können ihnen nicht ausweichen. Sie sind Menschen wie du und ich, mit den Grundrechten eines jeden Menschenkindes“ (HA am 07.11.2015). Flüchtlinge müssten jedoch Religionstoleranz untereinander wahren und deutsche Gesetze anerkennen (NDR III am 18.10.2015). Nach den Terroranschlägen von Paris wurde schnell „ein Zusammenhang zwischen Terror und Flüchtlingen hergestellt“. Lüneburgs Polizeipräsident Kruse betonte: „Flüchtlinge haben nichts mit Terror zu tun“. Willkommenskultur und Terror „dürften nicht miteinander vermengt“ werden (NW am 18.11.2015). Drei engagierte Frauen aus Jesteburg, Johanna Lehmberg, Heidi Seekamp und Irmgard Smolarek, hatten erkannt: „Die Hilfsbereitschaft in der Samtgemeinde Jesteburg ist großartig, aber es fehlt an Informationen.“ Mit Unterstützung der Verwaltung entwickelten sie deshalb einen Flyer, in dem Kontaktdaten, Treffpunkte, Helferkreise und Angebote der Vereine für nunmehr 220 Flüchtlinge mit der Intention „Jesteburg hilft Flüchtlingen“ angeführt sind (WA am 10.12.2015).

Eine spezielle Hilfe von großer Bedeutung für die Mobilität der Flüchtlinge war die Fahrradvermittlung und Werkstatt im Bauhof der Gemeinde, die unter Leitung von Ernst Gedak und Helfern vom Jesteburger Seniorenbeirat durchgeführt wurde. Etwa 90 Räder wurden gespendet und vermittelt. Mitglieder des Seniorenbeirats haben zusätzlich Fahrradunterstände bei den

Containern am Sandbarg gebaut. Ungezählte Einzelhilfen haben Flüchtlingen zusätzlich Orientierung gegeben. Die Zahl der ehrenamtliche Helfer ist auf über 50 angestiegen. Wie die Gemeinde im Informationsblatt mitteilte, ist auch der Kreis der Sprachmittler ständig gewachsen, sodass „kontinuierlich Deutschunterricht angeboten werden“ konnte. Die AWO in Winsen hat ein Sprachmittlerprojekt für ehrenamtliche Helfer eingerichtet, das vom Landkreis unterstützt wurde (NW am 24.10.2015). Die beiden Jesteburgerinnen Mariam Wehbi (arabische Sprachen) und Natascha Schäfer (Englisch und Russisch) haben daran teilgenommen (HA am 04.12.2015). Deutsche Sprachkenntnisse bilden die Grundvoraussetzung für Integration. Auf einem Informationsabend am 24. Juni berichteten Vertreter des Landkreises über Maßnahmen zur Phase 2 der Integration, wenn bei Asylanten das Asylverfahren mit der Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung beendet ist. Es wären die „Aspekte der Wohnungssuche, Arbeitsaufnahme, Ausbildung, Gesundheitsversorgung und Familienzusammenführung“ zu beachten (NW am 10.06.2015). Für Flüchtlinge mit Bleiberecht ist Wohnraum zu schaffen. Dabei darf es aber „zu keiner Konkurrenz mit Einheimischen kommen, die auch auf günstigen Wohnraum angewiesen sind“ (HA am 31.10.2015). Samtgemeindebürgermeister Hans-Heinrich Höper gab in seinem Jahresrückblick 2015 bekannt, dass Jesteburg 2016 mit dem „Bau von 10 Sozialwohnungen“ anfangen will und hierfür 1,4 Millionen Euro investiert werden sollen (WA am 29.12.2015). 2016 müsste Jesteburg 140 zusätzliche Plätze einrichten. „Die weitere Herausforderung besteht darin, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen“ (HA am 06.01.2016). In der Verwaltung soll eine neue Koordinierungsstelle für Flüchtlinge zum 01.04.2016 eingerichtet werden. Sie soll auch dazu dienen, „dass die Ehrenamtlichen bei der Betreuung der Flüchtlinge mehr Unterstützung durch Hauptamtliche bekommen“ (WA am 22.01.2016).

H Frühere Flüchtlingswanderungen mit Bezug auf Jesteburg

a) 1986 Libanonkrise und die Folgen

Ein Rückblick auf die Entstehung der Flüchtlingsbewegung vor 30 Jahren macht deutlich, dass die Unterbringung von Asylanten 1986 in Jesteburg wegen des knappen Wohnraums die gleichen Schwierigkeiten hatte, sich aber bezüglich der Hilfeleistung, heute Willkommenskultur genannt, grundsätzlich unterschied. Auf einer Sitzung des Sozialausschusses der Samtgemeinde am 5. Juni in der Zehntscheune teilte Samtgemeindedirektor Peter Rieckmann mit, „dass zur Zeit 14 Asylbewerber untergebracht sind. Die Asylbewerber setzen sich aus unterschiedlichen Nationalitäten zusammen: Inder, Ghanesen, Türken, Libanesen und Polen“. Der seitens der Gemeinde zur Verfügung gestellte Wohnraum sei „jetzt erschöpft“. Für weitere Asylbewerber „müssen Räume angemietet werden“. „Dies gestalte sich sehr schwierig, weil kein Vermieter bereit sei, eine Vermietung für diesen Zweck zu gestatten.“ Rieckmann rief den Gemeinderat und die Mitgliedsgemeinden der Samtgemeinde zur Mithilfe auf.

Außer der Kirchengemeinde hätten „die übrigen Organisationen in der Samtgemeinde Jesteburg bisher keine Bereitschaft gezeigt, ehrenamtliche Hilfeleistung zu Gunsten der Asylbewerber durchzuführen“. Jedoch boten die GRÜNEN Deutschkurse und „eine weitere Betreuung“ an. Die Asylbewerber konnten 1986 „regelmäßig zu gemeinnützigen Arbeiten herangezogen werden“. Der Ausschuss empfahl, „weitere Räume zur Unterbringung von Asylbewerbern durch Erwerb oder Anmietung zu beschaffen und Möglichkeiten für eine ehrenamtliche Betreuung mit geringer Entschädigung zu unterstützen“. Außer den Asylbewerbern mussten auch „Nichtsesshafte“ betreut werden. Sie suchten vornehmlich bei der Kirche Hilfe. Pastor Jörg Buchna führte in der Sitzung aus, „daß im Pfarrhaus am Kirchweg pro Jahr ca. 60 Personen vorsprechen, die im wesentlichen von seiner Ehefrau betreut werden. Dies geschieht durch Ausgabe von Lebensmittelgutscheinen, die beim EDEKA-Markt eingelöst werden können“. Die Obdachlosen fragten selten nach Übernachtungsmöglichkeiten. In Notfällen bot die Kirche eine Übernachtung im Gemeindehaus an. Samtgemeindedirektor Rieckmann teilte dazu mit, „daß in den Häusern der Gemeinde Jesteburg am Seeveufer ein Raum mit zwei Betten und Naßzelle eingerichtet worden sei“.

Im Oktober 1986 mussten 23 Asylbewerber in der Samtgemeinde Jesteburg zusätzlich untergebracht werden. Zu ihnen gehörten mindestens fünf Flüchtlinge aus dem Libanon, die als Folge des syrischen Einflusses während und nach dem Bürgerkrieg im Libanon von 1975 bis 1990 die Heimat verlassen haben. Einige Familien sind bekannt. „Die Samtgemeinde Jesteburg sucht dringend Wohnraum für Asylbewerber“, schrieb der Buchholzer Kurier am 22.10.1986. Die Sachbearbeiterin für Soziales und Asylfragen bei der Jesteburger Samtgemeindeverwaltung betonte: „Einige Asylbewerber konnten wir in Harmstorf unterbringen. Nächste Woche kommen fünf Libanesen, innerhalb der nächsten 14 Tage erwarten wir sechs weitere Einzelpersonen sowie eine vier- und eine dreiköpfige Familie. Leider wird es immer schwieriger, eine Unterkunft, und sei es auch bloß eine Übergangslösung, zu finden. Die meisten Vermieter blocken von vornherein ab, obwohl ja gesichert ist, daß sie pünktlich ihre Miete bekommen.“ Vermieter lehnten die Aufnahme von Asylanten auch deshalb ab, weil sie eine „Zumutung für die Mitmieter“ seien. Auch werde die Asylfrage „momentan doch sehr einseitig in der Öffentlichkeit behandelt“. Die Erfahrung habe jedoch gezeigt, dass „viele Bürger sehr schnell ihre Vorurteile abgebaut und schon Freundschaft mit den Asylbewerbern geschlossen haben“. Diese Haltung hielt die damalige Sachbearbeiterin für lobenswert und „sehr wichtig, da wir in der Verwaltung gar nicht alles bewältigen können“. Die 23 Flüchtlinge könnten bei genauerer Untersuchung ermittelt werden wie auch die Dauer und der Grad ihrer Integration in unsere Dorfgesellschaft. In den 90er-Jahren baute die Gemeinde Sozialwohnungen am Seeveufer, die auch für Flüchtlinge genutzt wurden. Die Kinder aus diesen Familien besuchten den nahe gelegenen Kindergarten am Seeveufer und fanden auf eine natürliche Art

Zugang zu den deutschen Kindern und zur deutschen Sprache. Damals flohen insgesamt 800.000 Libanesen (Wikipedia).

Nach den Migranten aus dem Bürgerkrieg im Libanon gab es Anfang der 1990er-Jahre in Folge der Grenzöffnungen früherer Ostblockstaaten und der kriegerischen Auseinandersetzungen im ehemaligen Jugoslawien eine neue Flüchtlingswelle. „Während des Bosnienkriegs waren es vor allem Albaner, die versorgt werden mussten“, sagte Margarete Ziegert (HA am 31.01.2015). Insgesamt stellten damals 440.000 Flüchtlinge aus den Balkanstaaten einen Asylantrag in Deutschland (Wikipedia). Davon kamen 20 Flüchtlinge nach Jesteburg. Aber die Zahl der Asylbewerber aus Nah-Ost, Asien und Afrika war schon zu diesem Zeitpunkt viel höher. In einer Sitzung des Samtgemeindeausschusses am 14.05.1992 hat Samtgemeindedirektor Rieckmann eine Übersicht gegeben: 144 Flüchtlinge/Asylbewerber, 10 Aussiedler und 20 Obdachlose mussten untergebracht werden. Die Asylbewerber setzten sich folgendermaßen zusammen: 20 aus Balkanstaaten, 54 aus Nah-Ost, 25 aus Asien und 45 aus Afrika, davon 48 Kinder und Jugendliche aus 14 Familien. Die Unterbringung erfolgte in samtgemeindeeigenen Wohnungen am Seeveufer, am Sandbarg, in der Harburger Straße und in gemeindeeigenen und angemieteten Wohnungen am Kleckerwaldweg und in der Lüllauer Straße; in Bendestorf in der Kleckerwaldstraße und im Waldfriedenweg. Im August betrug die Zahl der Asylbewerber schon 164. Gemeinde und die Samtgemeinde mussten ständig neuen Wohnraum suchen, da durch Sonderzuweisungen „die früher festgelegte Quote von 87 Asylbewerbern schon längst überschritten“ war. „Samtgemeindegemeindevorsteher Hinnerk Aldag appellierte eindringlich an die Mitgliedsgemeinden, an der Lösung der Unterbringungsprobleme mitzuwirken“ (WA am 08.08.1992). Der Samtgemeindedirektor hatte in einem Schreiben vom 26.05.1992 bereits über die mögliche Belegung von samtgemeindeeigenen Turnhallen und Feuerwehrgerätehäusern mit Flüchtlingen hingewiesen. Die inhaltliche Diskussion in den Gremien war außer der Unterbringungsthematik bestimmt von der Einstellung eines Sozialbetreuers für Flüchtlinge statt einer „Vollzeitkraft in der Verwaltung“, der Aufstellung von Containern am neuen Jugendzentrum statt auf dem Bauhof oder auf dem Gelände des Feuerwehrgerätehauses und dem Bau eines „Asylantenheimes in Massivbauweise an der Kleckerwaldstraße“ statt kostengünstigerer „Holzhäuser oder Pavillons“. Für diese Variante hatte eine große Fraktion plädiert, die „die berechtigten Interessen der heimischen Bevölkerung“ in den Vordergrund stellte: „Wie sollen wir unseren Bürgern diese teuren Vorhaben erklären?“ (WA am 14.03.1992, 23.05.1992 und 04.11.1992). Nach Mehrheitsbeschluss im Bauausschuss wurden 1993 Container für Obdachlose am Jugendzentrum errichtet.

Nachdem das neu erbaute Rathaus II am 16. Januar 1993 eingeweiht worden war, konnte im Keller die erste kommunale Kleiderkammer im Landkreis

Harburg eingerichtet, die besonders kostenlose Kleidung und Hausrat sammelte und ausgab. Sie hat sich zum sozialen Treffpunkt für bedürftige Einwohner und Asylanten entwickelt. Unter der Leitung von Margarete Ziegert, Karin Wehling, Elke Ruhle und Marietta Klingenberg arbeiteten 12 ehrenamtlich tätige Frauen aus vier verschiedenen Nationen im Team, zu dem u. a. Mariam Wehbi und Nariman Zaki gehörten. Beide kamen aus dem Libanon nach Jesteburg, Mariam Wehbi im Juli 1986 und Nariman Zaki 1987 (WA am 28.02.2013 und Gemeindeverwaltung). Mariam Wehbi war damals erst 16 Jahre alt und sprach kein Wort Deutsch. „Sie nahm jede Gelegenheit wahr, um die deutsche Sprache zu erlernen, denn deutsche Sprachkurse gab es damals noch nicht“ (WA am 09.04.2015). Sie blieb, hielt der Kleiderkammer die Treue und engagierte sich bald selbst für Flüchtlinge in Jesteburg. Seit 2015 arbeitet sie ehrenamtlich als Integrationsbeauftragte für den Landkreis Harburg und hat sich „als Sprachmittlerin für Arabisch in die Flüchtlingsarbeit“ im ganzen Kreis eingebracht (HA am 31.01.2015). Margarete Ziegert war auch ein Flüchtlingskind. Sie hatte im Januar 1945 als Neunjährige das Kriegsende in Ostpreußen erlebt, war mit ihren Großeltern und dem dreijährigen Bruder nach Westen geflohen und bei einer Tante in Asendorf untergekommen. Aus der Erfahrung der Flucht heraus hat sie sich „seit Jahrzehnten für die Betreuung von Flüchtlingen aus Kriegsgebieten in Jesteburg engagiert und als Integrationsbeauftragte des Landkreises“ gearbeitet. Auch dafür wurde ihr 2004 das Bundesverdienstkreuz verliehen.

Indes ging in einem der neu aufgestellten Asylbewerbercontainer neben dem Jugendheim Am Alten Moor Anfang 1993 die Angst um. „Ausländerfeindliche Parolen hallten nachts um das Quartier, Steine flogen gegen die Fenster, Bierflaschen gegen die Wände“ des Containers, in dem eine vierköpfige libanesische Familie untergebracht war. Nachdem sie über ihren Anwalt eine andere Unterkunft verlangt hatte, versprach Samtgemeindedirektor Peter Rieckmann eine kommunale Wohnung, die kurzfristig frei geworden war, als neues Quartier. Die Stein- und Bierflaschenwerfer konnten nicht ermittelt werden (HAN am 19.01.1993). Der Jugendausschuss der Gemeinde empfahl Mitte Juni 1993 die Schließung des Jugendzentrums, weil „keine geordnete Jugendarbeit“ stattfände. Die Jugendlichen hatten den Eindruck: „Die Politiker haben so getan, als lägen unsere Interessen nur bei Drogen, Rechtsradikalismus und Randalen“. Sie wehrten sich auch gegen den Vorwurf, „Haus und Grundstück seien verwahrlost“ (HAN am 26.06.1993). Auch um den geplanten Neubau des Asylantenwohnheims an der Kleckerwaldstraße in Bendestorf gab es Krach. „Entgegen bisherigen Zusagen lehnte der heimische Rat das 700.000 Markt-Projekt mit den Stimmen der CDU ab. Das Jesteburger Samtgemeinde-Parlament ließ sich davon jedoch nicht beeindrucken und beschloß mit überwältigender Mehrheit das Vorhaben.“ (NW am 05.05.1993). In diesen Neubau sollte die sechsköpfige kurdische Familie K. am 1. März 1994 einziehen, die seit einigen Jahren in einem kleinen Reihenhaus am Seeufer in Jesteburg untergebracht war. Sie wollte aber in Jesteburg bleiben, weil sie „viele

deutsche Freunde gefunden hatte“. Vater K. war 1986 aus der Türkei geflohen. „Da durch die neuen gesetzlichen Regelungen nur noch vereinzelt Asylbewerber zugewiesen würden, komme es jetzt zu einer Umverteilung innerhalb der Kommune“, erklärte Samtgemeindedirektor Rieckmann. Auch müssten nach einer Verfügung aus Hannover Flüchtlinge in Wohnungen umquartiert werden, die mit Mitteln des Landes Niedersachsen gefördert wurden. „Dies ist bei dem Bendestorfer Neubau der Fall“ (NW am 18.02.1994). Die Mitarbeiter des Sozialamtes im Jesteburger Rathaus hatten in den folgenden Jahren mit der sozialen und rechtlichen Betreuung der in der Samtgemeinde wohnenden Asylbewerber reichlich zu tun. Im Archiv der Samtgemeinde Jesteburg im neuen Rathaus befinden sich rund 70 prall gefüllte Ordner mit entsprechenden Unterlagen. Das Schicksal des Armeniers Slawik C., „der sich in der Justizvollzugsanstalt Langenhagen in Hannover das Leben genommen“ hatte, erschütterte im Juli 2010 Jesteburg. „Beamte fanden den 58 Jahre alten armenischen Abschiebehäftling, der seit fast elf Jahren mit seiner Familie in Jesteburg gelebt hatte, am Abend des 2. Juli tot in seiner Einzelzelle.“ Befürchtet wurde, dass Slawiks Frau ebenfalls verhaftet und abgeschoben werden sollte. „Die Asylanträge, die Slawik und seine Frau 1999 eingereicht hatten, waren abgelehnt worden.“ Seitdem waren sie in Deutschland „nur noch geduldet“. Der Sohn durfte auf unbefristete Zeit in Deutschland bleiben. Jährlich war die Duldungserlaubnis seit 1999 verlängert worden. Im Mai 2010 hatte Slawik C. die Androhung der Abschiebung erhalten. „Wir haben beiden die freiwillige Ausreise und unsere finanzielle Unterstützung angeboten. Das wurde abgelehnt von der Familie“, sagte Landrat Joachim Bordt (HA am 08.07.2010). Slawik C. „war 2008 für sein Engagement für seinen neuen Heimatort Jesteburg mit einer öffentlichen Anerkennung seitens der Gemeinde belohnt“ worden. Er wurde auf dem neuen Jesteburger Friedhof beigesetzt. „Der Kölner Erzbischof der Armenisch-Orthodoxen Kirche, Karekin Bekdjian, hielt die Trauerfeier“ (NW am 14.07.2010).

b) Kriegsende 1945 bis zum Mauerbau 1961

Am 19. April 1945 erreichten britische Panzer Jesteburg, nachdem frühmorgens die Eisenbahnbrücke gesprengt worden war. Die Soldaten durchsuchten alle Häuser in Jesteburg nach versteckten deutschen Soldaten und Waffen. Weil der Volkssturmführer Wilhelm H. Bahlburg die vorbereitete Panzersperre bei der Bäckerei Wilkens nicht hatte schließen lassen, wurde das Dorf friedlich von Bürgermeister Carl Gössler und seinem englisch sprechenden Assistenten Waldemar Rademacher, der als Pensionär aus Hamburg im Gasthaus Buhr wohnte, im Büro der Gemeindeverwaltung im Pfarrwitwenhaus einem Offizier übergeben. Rademacher erklärte, dass die Bewohner keinen Widerstand leisten wollten und dass sich im Ort vier Lazarette befanden. Inzwischen hatten die englischen Truppen Itzenbüttel besetzt, wo sie von den Zwangsarbeitern als Befreier begrüßt wurden. Die offenen Panzersperren in Jesteburg und auch in Wiedenhof vor dem Hof von Bauer Kröger verhinderten eine Beschießung des

Ortes und damit eine größere Zerstörung von Häusern. Durch die Explosion der Brückensprengung waren viele Häuser und sämtliche Dächer in der Nähe der Eisenbahnbrücke zerstört worden. Das Dorf war zu diesem Zeitpunkt wegen der Überfüllung mit Flüchtlingen auf jeden intakten Wohnraum angewiesen.

Das Dorf hatte am 17.05.1939 1008 Einwohner und 220 Wohnhäuser.

Das Dorf hatte am 01.03.1946 2022 Einwohner und 242 Wohnhäuser. Das Dorf hatte am 29.10.1946 2044 Einwohner und 242 Wohnhäuser.

Das Dorf hatte 1950 2148 Einwohner (archiv online, JES-20-1021-30 und Dirk Stegmann: Jesteburg 1202-2002, S. 211).

Am Sonntag Palmarum, 18. März 1945, als in Jesteburg Konfirmation gefeiert wurde, war der erste Flüchtlingstreck aus Ostpreußen in Jesteburg eingezogen. Andere Trecks und einzelne Personen aus Ost- und Westpreußen und dem sowjetisch besetzten Gebiet folgten. Im Dorf lebten beim Eintreffen des ersten Trecks bereits Evakuierte aus Hamburg. Ende Juli 1943 waren viele Hamburger nach den verheerenden Bombenangriffen auf Hamburg nach Jesteburg geflüchtet. Obwohl ein großer Teil in das als weniger gefährdet geltende Bayern gebracht wurde, blieben 255 Personen nach einer Liste von 1947 in Jesteburg wohnen. In der Schulchronik heißt es: „Alle Häuser sind mit Flüchtlingen überfüllt, alle Gaststätten vollgepfropft.“ Aus dem Jahr 1946 existiert ein Plan, auf dem die Hütten von 100 evakuierten Bewohnern nördlich der Bahn beiderseits der Itzenbütteler Straße und des Kleckerwaldwegs in Jesteburg eingezeichnet sind (Hans-Heinrich Wolfes: Die Integration der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen in Jesteburg, in: Wir fingen ganz von vorne an, Freilichtmuseum am Kiekeberg, Ehestorf 2009, S. 123-138, Plan S. 124). Die Zahl der Schüler aus evakuierten Familien war am 10. Februar 1946 mit 63 höher als die aus Flüchtlingsfamilien mit 54. Bis zum Mai 1946 hatte sich dieses Verhältnis umgekehrt. Die Schule hatte jetzt 267 Schüler: 148 Einheimische, 58 Hamburger und 61 Flüchtlinge.

In den Herbstferien 1944 waren 48 Flüchtlinge aus Holland, vermutlich Sympathisanten des Hitlerregimes, nach Jesteburg gekommen. Sie wurden in den Klassenräumen II und III der Schule untergebracht. Über ihren Verbleib ist nichts bekannt (Schulchronik II, die Seiten 131, 142 und 152).

Nach den Trecks aus Ost- und Westpreußen 1945 kamen im Januar 1946 schon einige Familien aus Schlesien, die „Vertriebene“ genannt werden. Ein Beispiel stammt aus Jesteburg:

Aus Hirschberg wurden am 11. Januar 1946 sechs Familien mit 30 Personen aus ihren Wohnungen vertrieben, in Viehwaggons verladen und über Marienborn in das Schützenhaus nach Winsen transportiert. 21 Personen von ihnen kamen nach Jesteburg. Es waren die Familien Gebauer, Leder, Puller, Reimann, Pelz und Ende. Der ausführliche Bericht lautet: „Gruppe Gebauer. Aus Hirschberg im Riesengebirge kamen, nachdem die Russen im Mai 1945 das Gebiet besetzt und etwas später die Polen die Verwaltung übernommen hatten, sechs Familien. Sie wurden am 11.1.1946, 5 Uhr, aus den Wohnungen vertrieben und in ein Lager in der Nähe von Hirschberg unter polnischer Aufsicht gebracht. Etwa am

13.1.1946 wurden sie in einen Viehwaggon mit zusammen 30 Personen verladen. Sie fuhren über Kohlfurt, Dessau, Magdeburg, Marienborn, Helmstedt in das Aufnahmelager Uelzen, wo sie am 20.1.1946 ankamen. Am 22.1.1946 wurden sie in das Schützenhaus nach Winsen gebracht und am 23.1.1946 mit einem Personenzug nach Buchholz gefahren. Hier entschlossen sich 21 Personen für Jesteburg als Wohnort. Wilhelm Stöver, Gemüsegeschäft, hat die Familien auf seinem LKW nach Jesteburg gefahren, Sie wohnten im Gasthaus Niedersachsen. Im Flur stand ein eiserner Ofen, auf dem alle Familien ihr Essen selbst kochen konnten“ (Hans-Heinrich Wolfes: Die Flüchtlinge und Heimatvertriebenen in Jesteburg, 2003, S. 35. Das Buch enthält ca. 60 Flüchtlingsschicksale).

Nach den Ermittlungen der Militärregierung hatten bis zum 31. Januar 1946 47 Familien in Jesteburg eine neue Unterkunft gefunden. Von ihnen stammten 9 Familien aus Ostpreußen, 14 aus Westpreußen, 10 aus Schlesien, 5 aus Pommern und 9 aus Brandenburg. Die Einwohnerzahl hatte sich auf 2022 erhöht (Dirk Stegmann: Jesteburg in der Nachkriegszeit und in der Bundesrepublik, in: „Jesteburg 1202-2002“, S. 165).

Ein zweites Flüchtlingsschicksal stammt aus Bendestorf.

Vom Flüchtling zum Ratsherrn: Engagement für Bendestorf (NW am 07.06.2006; NW Internet am 14.01.2013) Als Beispiel für die Integration der deutschen Flüchtlinge in die Gesellschaft kann das Schicksal von Hans Weißbrich aus Bendestorf dienen, der als Flüchtling am 7. Juni 1946 nach Bendestorf kam. „Er war damals 16 Jahre alt. Die Flucht mit seiner Familie aus Schlesien dauerte zwei Tage und zwei Nächte. ‚Wir waren mit 40 Personen bei Wind und Regen in einem offenen Viehwaggon eingepfercht‘, berichtete er, ‚nur gelegentlich gab es einen Halt auf offener Strecke.“ „Die Fahrt war in Winsen zu Ende, die Unterbringung erfolgte im Marstall, bis die Behörde die Flüchtlinge auf die umliegenden Dörfer verteilt hatte.“ Er kam nach einem kurzen Zwischenstopp im Hittfelder Konfirmandenraum nach Bendestorf in das damalige Gasthaus Sonnenblick.“ Dort hat er zwei Jahre gewohnt. Bereits wenige Monate nach der Ankunft am 2. Oktober ist seine Mutter „an Heimweh“ gestorben. „Zu Hause hatten wir eine kleine Landwirtschaft mit drei Kühen und einem Pferd. Wir mussten die Tiere zurücklassen. Das brach meiner Mutter das Herz.“ Zusammen mit seinem Vater schlug sich der junge Hans zunächst mit Hilfsarbeit durch. „Für einen gebrauchten Schlips habe ich einmal einen halben Tag lang das Holz gehackt“, sagt Weißbrich, „und für einen Korb voller Kartoffeln arbeitete ich sechs Stunden lang auf dem Feld. So etwas können sich die jungen Leute heute kaum noch vorstellen.“ Das Brennholz zum Kochen holten sie sich aus dem nahe gelegenen Wald, der „gespenstisch“ aussah, weil die Bäume bis zu einer Höhe von drei Metern keine Äste mehr gehabt haben. Bei einem Friseur in Ramelsloh hat Weißbrich eine feste Arbeit gefunden. Er fuhr mit dem Rad zum Haareschneiden auf die Bauernhöfe. Der Lohn bestand aus Essen und Trinken. Hans Weißbrich war danach 20 Jahre lang bei einem Friseur in Harburg angestellt und hat sich 1967 mit einem eigenen Friseursalon

in Bendestorf selbstständig gemacht. Seit 1976 setzte er sich für „ein gepflegte Ortsbild von Bendestorf“ und für den Friedhof ein und wurde 2001 auf der Liste der CDU in den Bendestorfer Gemeinderat gewählt. 2006 wurde er als Mitglied der Bendestorfer Wählergemeinschaft wiedergewählt. Die Gemeinde ernannte ihn zum Ehrenbürger. Er schied am 17.03.2009 aus dem Gemeinderat aus. Hans Weißbrich starb am 01.01.2013.

Ein drittes Beispiel stammt aus Jesteburg von der Familie Kurt Witte aus Westpreußen. Auf der Liste des Flüchtlingsbetreuers Karl Böhm stehen unter Nr. 253 und Nr. 264 Kurt Witte mit acht Personen und sein Vater Robert Witte mit zwei Personen. Am Beispiel von Kurt Wittes Söhnen Joachim, geb. 1933, und Harald, geb. 1935, wird der Fluchtweg aus dem Kreis Graudenz beschrieben. „Der älteste Sohn Joachim besuchte in Graudenz die Schule. Beim Näherrücken der russischen Front in Westpreußen befand sich der zwölfjährige Jochim bei seinen Großeltern in Mockrau. Die Russen lagen nur noch 100 Kilometer entfernt. Einschläge waren zu hören. Die deutschen Soldaten befanden sich auf dem Rückzug. Als der Befehl zur Flucht kam, konnte Joachim nicht mehr zu seiner Mutter Hildegard und seinen Geschwistern in sein Dorf Altweide zurückkehren, sondern fuhr am 22. Januar 1945 zusammen mit seinen Großeltern auf zwei Wagen aus Mockrau los. Es lag hoher Schnee. Er musste den zweiten Wagen fahren, der mit Futter beladen war, sein Großvater Robert und seine Großmutter Martha fuhren den ersten Wagen. Beide Wagen waren mit jeweils zwei Pferden bespannt. Weil die Weichselbrücke bei Graudenz, eine Auto- und Eisenbahnbrücke, für zivile Fahrzeuge gesperrt war, überquerten sie mit den Pferdewagen die zugefrorene Weichsel. Die Strecke war etwas präpariert. Mehrere Wagen waren bereits eingebrochen. Die Wittes kamen jedoch ohne Zwischenfälle südlich der Brücke über den Fluss und fuhren nach Westen. Joachim ging den größten Teil der Strecke von Westpreußen an zu Fuß, um die Pferde zu entlasten und um selbst nicht zu frieren. Es war strenger Winter mit mehr als 20 Grad Kälte. Die Wagen waren mit Teppichen bespannt, um die Menschen im Wageninneren etwas vor der Kälte zu schützen. Nach den Oder- und Elbüberquerungen erreichten sie am Palmsonntag, 18. März 1945, eher zufällig Jesteburg. Der Ort war aber mit Flüchtlingen überfüllt. Deshalb mussten sie auf Anweisung des Bürgermeisters Karl Gössler nach Buchholz fahren. Dort wurden sie zurückgewiesen, kamen nach Lüllau und Thelstorf und verbrachten eine Nacht bei Bauer Cohrs, Hof Nr. 2. Am nächsten Tag durften sie in Jesteburg bleiben und wurden in der Ziegelei untergebracht. Die Pferde konnten im Trockenschuppen abgestellt werden. Ziegelmeister Günther Trompeter hatte Mitleid mit ihnen. Er bot ihnen an, im Zimmer seiner Sohnes Günther, der im Krieg war, zu wohnen. Nach der Sprengung der Eisenbahnbrücke gegen sechs Uhr in Jesteburg beim Einmarsch der Engländer am 19. April 1945 wurde das Haus stark beschädigt. Sie mussten in eine Wehrmachtsbaracke, die sich gegenüber befand, umziehen. Mutter Hildegard und die Kinder Harald, Ingrid und Werner und der Hofarbeiter Max Schmadtke waren am 24. Januar 1945, zwei Tage später als der Großvater aus Mockrau, mit

zwei Wagen aus Altweide nach Ridders bei Heide in Holstein geflüchtet. Sie brauchten neun Wochen für die Flucht. Über den Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes erfuhr Mutter Hildegard den Aufenthaltsort des Großvaters Robert Witte in Jesteburg. Der zwölfjährige Joachim Witte machte sich zu Fuß und per Anhalter, wie er erzählte, allein aus Jesteburg nach Ridders in Schleswig-Holstein auf und holte die restliche Familie mit jeweils zwei Pferden und zwei Wagen nach Jesteburg. Jetzt wohnten alle zusammen in der Baracke. Nur Vater Kurt fehlte.“ Über eine private Verbindung erfuhr Kurt Witte in Mühlheim vom Aufenthaltsort seiner Familie in Jesteburg. Bei seiner Entlassung aus französischer Gefangenschaft 1946 gab er Jesteburg als Adresse an. Nun war die Familie vereint. Die Kinder Joachim, Harald, Ingrid und Werner besuchten die Schule in Jesteburg, Sohn Gerd wurde 1947 in Jesteburg geboren. Der älteste Sohn Joachim lernte in der Jesteburger Schule – im Haus neben dem alten Küsterhaus, heute Fahrschule Hansen – seine spätere Frau Hildegard Stöver kennen. Sie gingen in dieselbe Klasse. Hildegard ist Jesteburgerin. Ihr Vater Wilhelm Stöver hatte oberhalb des Pfarrwitwenhauses, heute Drogerie Gilbert, einen Gemüseladen, Hauptstraße 43. Nach der Schule machte Joachim Witte 1948 bei Tischlermeister Wilhelm Köhler in Jesteburg eine Tischlerlehre. Mehrere Arbeitsstellen folgten, zuletzt war er 15 Jahre bei der Firma Abel in Maschen beschäftigt. Er heiratete seine Freundin Hildegard Stöver am 11. Juni 1957. Im VfL Jesteburg spielte er Fußball und war 2. Vorsitzender im Sozialverband (Reichsbund), heute SoVD. Bis heute ist er Mitglied. Seine Frau Hildegard ist bei den Landfrauen und singt gern im Jesteburger Gesangverein „Seevetal“. Das Ehepaar hat zwei Kinder.

Sein jüngerer Bruder Harald Witte ging bis zu seinem 14. Lebensjahr in Jesteburg zur Schule. Er schrieb: „Danach war ich noch zwei Jahre zu Hause und musste mithelfen, die Familie zu ernähren. Die Pferde und die Wagen waren da. Vater machte sich ein bisschen im landwirtschaftlichen Bereich selbstständig. Kaufte sich einen Trecker aus dem Lastenausgleich, den er bekam, und hat dann quasi hier bei der heimischen Bevölkerung die Gärten gepflügt und die Äcker gemacht, im Wald Holz geschleppt, also Lohnfahren gemacht. Dann haben wir hier die Ziegelei, da haben wir auch Steine gebrannt, das war hoch interessant. Abends haben wir uns bei den Brennmeistern getroffen, weil wir zu Hause nichts zu heizen hatten, da war es warm. Wir mussten schon als Kinder relativ viel arbeiten.“ Zwei Jahre half Harald seinem Vater im Fuhrbetrieb mit Lohnarbeiten. Durch Vermittlung des Nachbarn Karl Kröger begann Harald mit 16 Jahren eine Lehre als Kfz-Mechaniker bei der Firma Maack in Bendestorf, damals Omnibusbetrieb und DKW-Vertretung. Nach bestandener Gesellenprüfung war er bei verschiedenen Betrieben in Harburg und Hamburg tätig, um sein Wissen zu erweitern: zwei Jahre speziell mit Motorrädern und sieben Jahre bei der Firma Mercedes-Tesmer in Harburg. 1961 legte er die Meisterprüfung ab. Harald Witte träumte schon damals von einem eigenen Kfz-Betrieb. Diesen Traum verwirklichte er und schuf mit der Firma Kuhn & Witte in Jesteburg eines der größten Autohäuser in der Region.

Viele Jahre war er als CDU-Ratsherr in der Jesteburger Kommunalpolitik tätig. Er ist Mitglied im Jesteburger Schützenverein und bekleidet mehrere Ehrenämter. Seine Frau Annelise hat ihn immer tatkräftig unterstützt. Sie haben zwei Töchter. Das Autohaus Kuhn & Witte ist Sponsor der ev.-luth. St. Martins-Kirchengemeinde und vieler Vereine und Organisationen. (Hans-Heinrich Wolfes: Die Integration der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen in Jesteburg, in: „Wir fingen ganz von vorne an!“, Freilichtmuseum am Kiekeberg, 2009, S. 123-138; weitere Beispiele sind Familie Wagner aus Schlesien, Fritz Modrow aus Berlin, Richard Schmidt aus Chemnitz).

Ungefähr 950 Flüchtlinge, Evakuierte und Heimatvertriebene waren am Ende des Krieges und in den Nachkriegsjahren nach Jesteburg gekommen. Auf einer Liste des Flüchtlingsbetreuers Karl Böhm von 1947 sind 304 Familiennamen mit insgesamt 846 Personen erfasst: 145 Namen mit Evakuierten aus Hamburg mit 376 Personen und 159 Namen mit Flüchtlingen und Vertriebenen mit 470 Personen.

Zu ihnen zählten auch die fünf Familien Müller, Banek, Steudle, Schlick und Schütt, die aus Bessarabien stammten. Nach dem Nichtangriffspakt Hitlers mit der Sowjetunion wurden 90.000 Deutsche vom Herbst bis November 1940 aus Bessarabien ausgesiedelt. Sie waren größtenteils Bauern, die im sog. Warthegau und in Danzig-Westpreußen Höfe erhielten, von denen kurz vorher die polnischen Besitzer vertrieben worden waren. Anfang 1945 flüchteten diese Familien in die deutschen Westgebiete (Dirk Stegmann, Jesteburg 1202-2002, S. 166).

Zur Flüchtlingswanderung bei Kriegsende 1945 und in der Nachkriegszeit bemerkte der frühere Superintendent des Kirchenkreises Hittfeld, Christoph Künkel. „Auch 1945 hat es die Bundesrepublik geschafft, 12 Millionen Flüchtling zu integrieren“ (HA am 06.10.2015). Wenngleich ein Vergleich der nach Kriegsende flüchtenden Menschen mit dem Flüchtlingsstrom der Ausländer 2015 grundsätzlich und primär wegen der Staatsangehörigkeit, des Sprachunterschieds, des anderen Glaubens und kulturellen Fundaments unzulässig ist, so lassen sich sekundäre Faktoren wie die Flucht, Regelung der Aufnahme, Unterbringung, Versorgung und auch Integration beschreiben. Die „Süddeutsche Zeitung“ zeigte zum Weihnachtsfest 2015 eine familiäre Motivation dafür auf: „2015 aber hat es womöglich eine ganz andere Dynamik, wenn der als Kind aus Ostpreußen vertriebene Opa wieder vom Krieg erzählt, weil Enkel, die heute Flüchtlinge in Willkommensklassen erleben, sich plötzlich dafür interessieren könnten, von wo ihre eigene Familie fliehen musste“ (zitiert nach HA vom 23.12.2015). Die Fluchtwege der Deutschen waren lebensgefährlich, jedoch die Aufnahme nach der Flucht war wegen der gleichen Staatsangehörigkeit eine Pflicht der aufnehmenden Kommune. Zogen Trecks durch Dörfer, mussten Menschen und Vieh abends versorgt werden. Das für heutige ausländische Flüchtlinge existentielle Asylverfahren mit der Registrierung und nachgeordneten Entscheidung über Verbleib oder Abschiebung gab es nicht für deutsche Staatsbürger. Asylbewerber haben aber

heute aus humanitären Gründen zunächst ein Recht auf Unterbringung und Versorgung. Das ist wegen des ungebremsten Zustroms seit September 2015 der Kern der heutigen Flüchtlingskrise. Auch 1945 bestand die größte Aufgabe der örtlichen Verwaltungen in der Unterbringung der Neubürger, die weitere in der Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Die Unterbringung war, wie die Jesteburger Gemeinderatsprotokolle ausweisen (archiv online JES-20-1024-019 bis 031), die schwierigste Aufgabe. In den westlichen Besatzungszonen gab es eine strenge Wohnungs-Zwangsbewirtschaftung. Sie dauerte mindestens bis zur Gründung der Bundesrepublik 1949. Jeder vorhandene Wohnraum war zeitweise überbelegt. Bereits in der dritten Sitzung des von der Militärregierung eingesetzten Rates mit dem stellv. Vorsitzenden Dr. Wendorff (für den erkrankten Bürgermeister Friedrich Schulz) am 11.10.1945 ging es um „Barackenbau, Flüchtlinge.“ „Vom Landratsamt geplante Elendsbaracken werden abgelehnt. Große Hotels und Pensionen sind von Engländern belegt. Ausweg: Pensionen in kleinen Dörfern.“

25.10.1945: „Eine Gemeinschaftsküche soll bei Bergeest im Waschraum aufgestellt werden, Preis pro Portion RM 0.50.“

13.09.1946: Die Wohnungskommission des Gemeinderates berichtete: „Die noch in Massenquartieren untergebrachten Flüchtlinge sollen (woanders) untergebracht werden.“ Massenquartiere waren die Säle der Gasthäuser Buhr und Niedersachsen und größere Baracken auf dem Ziegeleigelände. Ein Beispiel: In Neisse wurde die Familie Wagner am 31. Mai 1946 von der polnischen Verwaltung aufgefordert, innerhalb von zwei Stunden das Haus zu verlassen. Sechs Familien mit 33 Personen wurden in Güterwagen und offene Viehwagen verladen und nach Marienthal transportiert. „In Kohlfurt erfolgte die Übergabe an die Briten. Der Zug erreichte am 5. Juni 1946 Winsen/Luhe. Von dort wurden sie am nächsten Tag mit einem Auto nach Jesteburg gebracht. Sie erhielten erste Unterkunft im Gasthaus Buhr auf dem großen Saal. Dort lagen sie auf dem Fußboden. Hier waren auch noch viele Kranke untergebracht. Von Februar bis Pfingsten 1945 hatte der Saal als Hilfslazarett für verwundete deutsche Soldaten gedient. Auf Veranlassung des Flüchtlingsbetreuers Müller kam die Großfamilie Wagner in Baracken der Jesteburger Ziegelei unter. Das waren Holzbaracken, die auf 50 cm hohen Steinklötzen gebaut waren.“ 1947 wurde die Familie dem Bauern Kröger auf dem Lohof zugeteilt (Dietmar Wagner: in: „Wir fingen ganz von vorne an!“, Ehestorf 2009, S 130, und Hans-Heinrich Wolfes: „Die Flüchtlinge und Heimatvertrieben in Jesteburg“, 2003, S. 34-35).

23.09.1946: Ein Antrag wird gestellt, dass die Wohnungsfrage „für die bisher noch notdürftig untergebrachten Flüchtlinge unverzüglich in Angriff genommen werden muß“.

24.10.1946: „Pachtland für Flüchtlinge. Wohnungskommission: 12 Familien und Einzelpersonen wurden winterfest untergebracht. Vielen Familien fehlt noch der nötige Hausrat.“

02.12.1946: Der Vertrauensmann der Flüchtlinge Robert Witte hatte einen Antrag „auf weitere Zuweisung von Gemüseland für Flüchtlinge“ gestellt.

19.01.1948: „Aufnahme von Flüchtlingen“.

23.03.1948: Auf einem von Bürgermeister Clement zur Verfügung gestellten Platz soll im Herbst „nach Aberntung durch die derzeitigen Nutzungsberechtigten Flüchtlinge“ ein Sportplatz errichtet werden.

Hier hatten Flüchtlinge Gartenland bekommen. Beteiligt war der „Gemeindeflüchtlingsrat“. Später bekamen sie Gartenland vor dem Sportplatzgelände etwa in Höhe Tannenschlucht.

20.06.1948: Währungsreform. Jeder Deutsche in den drei Westzonen erhielt 40 D-Mark für 40 Reichsmark. Sie beendete die seit Kriegsbeginn eingeführte Bewirtschaftung und Warenkontrolle durch Bezugsscheine für die Reichsmark. Von 1945 bis 1948 waren Tauschhandel und „schwarzer Markt“ bestimmend für den Handel. Die Flüchtlinge und Arbeitslosen erhielten von den Gemeinden Sozialleistungen. Einheimische kehrten bald in ihre alten Arbeitsstellen zurück, während Flüchtlinge und Vertriebene bei Null anfangen mussten. Auch fehlte ihnen das soziale Netzwerk durch Verwandte und Freunde. Dieser Zustand verhinderte für längere Zeit eine soziale und ökonomische Integration der neuen deutschen Bürger.

10.12.1948: Angesichts der Not vieler Flüchtlinge fällt auf, dass für den Gemeinderat „die Bildung eines Wohlfahrtausschusses z. Zt. nicht notwendig erscheint“.

27.01.1949: Die „Gemeindeflüchtlingsräte“ werden neu gebildet. Die Flüchtlingsbaracke am Ilksbergring wird in die Nähe des Sanatoriums „Heidehaus“ umgesetzt. „Im Zuge der Zuweisung von Flüchtlingen aus dem Winsener Schützenhaus sind in Jesteburg 15 Personen durch den Staatskommissar eingewiesen worden. Gem.-Vertr. Böhm (zgl. Flüchtlingsbetreuer) beklagt, dass hierbei „die Frage der Auflösung der Elendsquartiere nicht berücksichtigt worden ist“.

14.03.1949: Wohnungsbau: Er ist durch viele Hindernisse gehemmt, vor allem durch Mangel an Mitteln. „Bevor der Zustrom der Menschen aus der Ostzone nicht aufhört, ist eine Lösung dieses Problems nicht möglich.“ Es folgt in der Sitzung eine erregte Diskussion über die Darstellung der Elendsquartiere in der Presse. Berichte sind nicht erhalten. „Der neue Pächter des hiesigen Tonwerkes beabsichtigt, die auf dem Ziegeleigrundstück stehende Wohnbaracke zu übernehmen und dafür auf gemeindeeigenem Grundstück eine neue Wohnbaracke aufzustellen.“ In diese Baracke mussten Wittes nach der Brückensprengung 1945 umziehen. Sie stand am Eingang des Ziegeleigeländes, etwa Anfang der Straße „Seevetal“.

Ferner: „Grabeland für Flüchtlinge: Benötigt werden 21.000 qm für 21 Flüchtlinge.“ Die Versorgung war eher eine private Aufgabe. Die meisten Familien hatten Geflügel und hielten ein Schwein. Eine bedeutende Lebenshilfe für die Neubürger war die Zuweisung eines Gartenstücks von mindestens 100 qm. Bürgermeister Clement und Bauunternehmer Bahlburg stellten in Jesteburg

Flächen zur Verfügung. Aus Lüllau, das 1945 nach Einzug des Trecks mit 61 Personen aus Gut Mitteldorf und Sorbehne in Ostpreußen 925 Einwohner und 75 Häuser hatte, berichtete Bürgermeister Rudolf Rademacher: „Alle Flüchtlinge in Lüllau erhielten ein Stück Land, auf dem sie Kartoffeln pflanzen und Korn säen konnten.“ Sie bauten Steckrüben an und pflanzten auch Stachel- und Johannesbeerbüsche und Apfelbäume an. Die häufigsten Gemüsesorten waren damals Erbsen, Wurzeln, Bohnen (Stangenbohnen), Zwiebeln, Gurken, Rote Beete und Sellerie (Vgl. Hans-Heinrich Wolfes: „Garten- und Grabeland für Flüchtlinge nach 1945 in Lüllau“, in: „Lüllau-Thelstorf-Wiedenhof“. Eine Dorfgeschichte. 2009, S. 308-310).

23.05.1949: Das Grundgesetz trat in Kraft. Auf der Sitzung des Gemeinderates berichtete Gem.-Vertr. Böhm „über die geplante Auswanderung von Flüchtlingen in die französische Zone. Die ‚Neigung‘ für eine Abwanderung ist aber unbedeutend.“

14.08.1949: Wilhelm H. Bahlburg wurde in den Deutschen Bundestag gewählt.

22.08.1949: Gem.-Vertr. Böhm, der Leiter des Gemeinde-Flüchtlingsamtes, gab einen Bericht über die Flüchtlingsbewegung in der Gemeinde. „Die günstige Entwicklung wird hervorgehoben.“

Ein schriftlicher Bericht vom 31. Dezember 1949 hebt hervor: Mitglieder des Ausschusses waren die Herren Müller, Stöver, Böhm, Witte und Frau Steffen. Der Ausschuss tagte 1949 „in 40 Sitzungen und 5 außerordentlichen Sitzungen, er führte 25 „Überholungen“ von Häusern und Wohnungen durch, es gab 480 schriftliche Vorgänge. 9 Elendsquartiere bestehen immer noch. Auf der Liste der Wohnungssuchenden stehen 7 Anträge und 13 Tauschwohnungsanträge. Wohnungsausbauten hat es nicht gegeben. Jedoch haben der Neubau von mindestens 10 Häusern und der Wegzug von 7 Familien „eine kleine Auflockerung der Wohnraumfrage zur Folge“. „Die Rückkehr der Kriegsgefangenen und die Eingliederung in die Wohnraumbewirtschaftung stößt auf Schwierigkeiten.“ „Zum Schluß noch ein Wort an die ausgebombten Familien von Hamburg: Falls es möglich ist, zieht wieder nach Hamburg und macht somit die Elendsquartiere frei.“

16.01.1950: „Die Fortführung der Schulspeisung wird abgelehnt.“ In der Sitzung am 12. Februar 1948 waren W. Stöver (43) und Carl Müller als Vertreter des Gemeinderates in den „Schulspeisungsausschuss“ gewählt worden. Ein aus Schlesien stammender Schüler, der Ostern 1948 eingeschult worden war, berichtete: „Na School bün ik in't Fröhjohr in Jesteburg kamen, tosamen mit 66 annere Jungs un deerns, opdeelt in twee Klassen. Wi weern bannig stolt, nu Fibelschützen to ween, mit'n Ränzel op'n Puckel.“ „De Schoolmeester weer as wi un annere Kinder ut de Klass'n Flüchtling. He keem as mien Öllern ut Schlesien. Dat kunn een an de Melodie vun sien Spraak hören.“ „Middaags geev dat Schulspeisung, wat'n Barg Kinner nödig harrn. Nich blots Flüchtlingskinner. Meisttiets geev dat Schokoladensupp. Wi wüssen domols noch nich, dat wi de Supp de Quäkers ut Amerika to verdanken harrn“ (Hartmut

Großmann, in: „Wir fingen ganz von vorne an!“, Ehestorf 2009, S. 130/132). „Die Flüchtlingskinder waren anfangs nicht überall willkommen. Anerkennung wuchs langsam, aber stetig – meistens durch den Sport. In der Schule gab es Schulspeisung. Zur Ausgabe wurden bestimmte Schüler ausgesucht. Einige Jesteburger Familien übernahmen Patenkinder, die durften nach der Schule zum Mittagessen kommen.“ (Dietmar Wagner, ebd. S. 130).

13.03.1950: Ziel der Gemeinde ist „die Auflösung der Elendsquartiere, vorwiegend auf dem Ziegeleigelände“. „6 dringliche Wohnungsfälle konnten gelöst werden“. Der Bau von zwei Doppelhäusern wurde beschlossen, Bauunternehmer Aldag stellte „die Architektur kostenlos zur Verfügung“ (24.04.1950). Das „Altenheim im Gasthaus Buhr soll verlegt werden“. Kommentar: Es bestand vermutlich seit 1945 und war belegt mit 56 älteren Menschen, die auf der Liste 1947 von Karl Böhm einzeln aufgeführt sind. Karl Böhm ist 1950 weggezogen.

22.05.1950: „Die Auflösung der Ziegeleibaracke mit 7 Familien ist vorrangig. In die beiden Doppelhäuser kommen acht Familien. Frei werdende Wohnungen werden namentlich belegt. Einige schwerwiegende Fälle bleiben dennoch offen. Der Bau eines dritten Hauses wird erörtert.“

Bilanz 1950:

03.07.1950: Der Bürgermeister Heino Clement gibt die Haushaltsrechnung für 1949 bekannt: „Einnahmen 96.169,79 DM, Ausgaben 80.902,30 DM. Überschuss 15.267, 49 DM. Die Gemeinde hat verhältnismäßig gute Steuereinnahmen.“

Am 13.09.1950 hatte Jesteburg 2148 Einwohner und 272 Häuser, 30 mehr als 1946.

Im Schuljahr 1950/51 besuchten 180 Einheimische, 83 Hamburger und 132 Flüchtlinge die Schule, zusammen 395.

In einem „Konto-Buch für den Gemeindeflüchtlingsrat Jesteburg“ werden 40 Flüchtlingsfamilien genannt, die von 1950 bis 1958 von Bürgermeister Bäckermeister Heino Clement und Sägewerksbesitzer Wilhelm H. Bahlburg jeweils ca. 300 Quadratmeter Land erhalten hatten, für das jede Familie im Durchschnitt 40 Mark an jährlichem Pachtzins bezahlen musste. Das Buch befindet sich im Privatbesitz (Hans-Heinrich Wolfes: „Die Integration der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen in Jesteburg“, in: „Wir fingen ganz von vorne an!“, 2009, S. 123). Auch hatten die Bürger Albers, Wiesch, Maack, Peters, Buhr und Asche an der Hauptstraße zwischen „Seevestraße“ und „Zur alten Schleuse“ einen Teil ihrer Gärten hinter den Häusern zur Seeve hin für Flüchtlinge zur Verfügung gestellt. In der Schule und in der Öffentlichkeit wurden Flüchtlingskinder lange diskriminiert (Hans-Heinrich Wolfes: Zum 60. Jahrestag des Kriegsendes in Jesteburg und Umgebung, 2005, mit vielen Interviews). Von 1950 an war das Thema „Flüchtlinge“ kaum noch Tagesordnungspunkt auf Gemeinderatssitzungen. Stattdessen wurden 1951 für das Hilfswerk Berlin „Erholungsplätze für Westerliner Kinder gesucht“, 1953

der Wohnungsbau für obdachlose Familien geplant und „zehn ältere hilfsbedürftige Einwohner zum Weihnachtsfest mit einer Spende bedacht“.

Bei der Gemeinderatswahl am 9. November 1952 wurden 13 Mitglieder, die nun Verantwortung für Jesteburgs Entwicklung trugen, gewählt: Bäckermeister Heino Clement, DP, Bürgermeister, Schlachtermeister Georg Maack, DP, Drechslermeister Walter Meyer, DP, Maschinenbaumeister Walter Kielbasiewicz, SPD, stellv. Bürgermeister, Viehhändler Hans Rabeler, BBJ (Jesteburger Liste), Landwirt Kurt Witte, BHE, Schmiedemeister Otto Menk, DP, Buchdrucker Ludwig Peter SPD, Betriebsleiter Carl Müller, DP, Maurermeister Heinrich Aldag, DP, parteilos, Müllermeister Gustav Albers, DP, parteilos, Buchdrucker Max Vollendorf, SPD, Kaufmann Otto Behr, BBJ. Großen Anteil an der zukünftigen Entwicklung hatte Gemeindedirektor Emil Bartz, der am 12. August 1947 für 12 Jahre gewählt worden war.

Der Historiker und Professor für Sozial- und Kulturgeschichte an der Universität Lüneburg, Prof. Dr. Dirk Stegmann, Mitverfasser der Chronik zum 800-jährigen Jubiläum Jesteburgs 2002, hat die Integration der Flüchtlinge im politischen System in Jesteburg untersucht, speziell die Wahl eines Flüchtlings in den Gemeinderat. Zum ersten Mal wurden bei der Gemeinderatswahl 1952 Flüchtlinge in den Gemeinderat gewählt: es waren Kurt Witte und Ludwig Peter. Demgegenüber waren die Evakuierten früher wahlfähig. Dr. rer.pol. Bruno Wendorff gehörte als Evakuiertes bereits dem am 25.09.1945 von der Militärregierung eingesetzten Gemeinderat an und wurde durch ein Schreiben des Landrats vom 27.03.1946 als Gemeindevertreter bestätigt. Bei der ersten demokratischen Gemeinderatswahl am 15. September 1946 nach dem Krieg wurde er nicht gewählt, wohl aber ein weiterer Evakuiertes, der Friseur Gerhard Jähnel. Neun Mitglieder gehörten der Niedersächsischen Landespartei an, der Nachfolgeorganisation der Welfenpartei bis 1933. Dirk Stegmann erklärt „die überwältigende Mehrheit für die NLP“: „Die NLP war also in Jesteburg nicht nur allein die Partei der Einheimischen, sondern auch eines nicht unerheblichen Teils der Neubürger, und hier vor allem der Flüchtlinge, weniger der Evakuierten aus Hamburg und Harburg. Die Flüchtlinge konnten in der NLP auch deshalb 1946 politisch heimisch werden, weil in ihr das protestantisch-konservative und mittelständische Milieu dominierte, aus dem auch die Masse der Flüchtlinge aus den deutschen Ostgebieten selbst stammte. Man muß davon ausgehen, daß auch die katholischen Flüchtlinge mehrheitlich zu NLP stießen.“ „Indiz für die politische Orientierung der Flüchtlinge“ war, dass Robert Witte, Jahrgang 1876, aus Mockrau, Krs. Graudenz, in Westpreußen“, in der Gemeinderatssitzung am 10.12.1948 als Vertrauensmann der Flüchtlinge als voll berechtigtes Mitglied in den Wohnungsausschuss mit Sitz und Stimme gewählt wurde, obwohl er nicht der Gemeindevertretung angehörte, jedoch Mitglied in der NLP war. Die NLP nannte sich seit Herbst 1947 DP. Der evangelische Pastor Gustav Karl Hermann Twele in Jesteburg betrachtete den Zuzug katholischer Flüchtlinge nicht ohne Besorgnis. In einem Bericht an die vorgesetzte Kirchenbehörde schrieb er 1948: „Durch den Zustrom der

Flüchtlinge und Ausgebombten hat sich das Bild der sozialen Schichtung der Gemeinde sehr verändert. Das Verhältnis zwischen diesen und den Einheimischen läßt noch sehr zu wünschen übrig. Durch die Zusammenpferchung der Familien kommt es nicht selten zu Reibereien.“ Die wirtschaftliche Lage der meisten Flüchtlinge wurde damals von Pastor Twele als „noch recht kümmerlich“ bezeichnet (Dirk Stegmann: „Jesteburg in der Nachkriegszeit und in der Bundesrepublik 1945-1972“, in: „Jesteburg 1202-2002“, 2002, S. 187 sowie archiv online: „JES-20-1024-022“).

Zur Frage der Integration der Neubürger in die dörfliche Gemeinschaft gehören die in vielen Interviews geäußerten Klagen der Flüchtlinge über die geringe Bereitschaft zur Zusammenarbeit der Einheimischen mit den Flüchtlingen und zu deren Anerkennung (Anmerkung 1). Aber es gab auch Hilfen: So hat die Frau von Wilhelm H. Bahlburg, Alma Bahlburg, Jahrgang 1894, aus religiöser Überzeugung vielen Menschen geholfen. Anita Schütt, Jahrgang 1926, stammte aus Neu Dennywitz in Bessarabien. Sie war zusammen mit ihren Eltern am 26. September 1940 ausgesiedelt und auf Lastwagen nach Galatz an der Donau transportiert worden. Über mehrere Stationen gelangte sie nach Tuschinwaldt bei Litzmannstadt. Hier war ein Sommerhausgebiet von Juden zu einem großen Lager umgestaltet worden. In dem Dorf Suchau, Krs. Schwetz, in Polen erhielten sie einen Bauernhof. In der zweiten Januarhälfte 1945 ist sie mit ihrer Mutter und einem fremden Jungen Arno Hoppe „auf eigene Faust mit Pferd und Wagen bei hohem Schnee“ losgefahren und hat „unbehellig“ Jesteburg erreicht. Sie haben zuerst bei Harry Maack in der Lüllauer Straße in einem Zimmer gewohnt. Arno ist zur Schule und zum Konfirmandenunterricht gegangen. Zur Konfirmation hat ihm Alma Bahlburg einen schwarzen Anzug geschenkt, und die Mutter hat ihn passend genäht. Bei Bahlburgs gab es Bibelstunden, die ihre Mutter immer besucht hat. „Alma Bahlburg hat vielen geholfen und zu essen gegeben. Ihr haben wir viel zu verdanken.“ Alma Bahlburg hat außer den Flüchtlingen auch vielen Kriegsgefangenen und versprengten deutschen Soldaten geholfen. Täglich saßen viele Bedürftige an ihrem Tisch in dem großen Bauernhaus hinter dem Sägeplatz, heute Budnikowsky. Sie galt wegen ihrer Frömmigkeit und Hilfsbereitschaft als „Engel der Armen“. Ihr Mann, Baumeister Wilhelm H. Bahlburg, war der größte Politiker in Jesteburg und in der Region: Bürgermeister von 1922 bis 1925, Vorsitzender der NLP, 1946 bis 1949 Landrat, 1946 bis 1950 Landtagsabgeordneter und in der ersten Wahlperiode 1949 bis 1953 Bundestagsabgeordneter der DP (Hans-Heinrich Wolfes: „Die Flüchtlinge und Heimatvertriebenen in Jesteburg“, 2003, S. 6-7).

Das Dorf Jesteburg nahm teil am Aufschwung. Belege sind die wachsende Anzahl der Häuser und Einwohner. 1946 gab es 242 Häuser. Bis 1950 kamen nur 30 Häuser hinzu. Die erste Hälfte der 50er-Jahre brachte den ersten größeren Schub, nämlich eine Expansion um mehr als 60 Prozent, von 272 auf 445 zum 01.01.1955. Zwischen 1956 und 1960 kamen dann 130 weitere Hauseinheiten dazu. Am 1. Oktober 1960 gab es 577 Häuser im Ort (Dirk Stegmann, in Jesteburg 1202-2002, 2002, S. 169).

Die Zahl der Einwohner betrug 1946: 2022, 1950: 2148, 1955: 2207, 1956: 2255, 1960: 2696 und 1961: 2714 (Dirk Stegmann, a. a. O. S. 211, sowie Emil Bartz 1961).

Am 1. März 1961 gab der Jesteburger Gemeindedirektor Emil Bartz in seinem Rechenschaftsbericht vom 1. März 1961 einen Überblick über die Bevölkerungsgruppen in Jesteburg von 1956 bis 1961.

„Mit Ablauf des Jahres 1956 zählte die Gemeinde Jesteburg 2.255 Einwohner, während es am 28. Februar 1961 2.714 Einwohner gab. Innerhalb von vier Jahren war die Einwohnerzahl um 459 und die Zahl der Häuser um 130 gestiegen. Von den 2714 Einwohnern waren:

- a) 1.668 ständige Bewohner, das sind 58 % von 2714 Einwohnern,
- b) 199 Evakuierte,
- c) 125 Bewohner aus der Ostzone,
- d) 4 Ausländer,
- e) 718 Vertriebene; b-e sind 1146 Einwohner = 42 % von 2714.

Beispiel c: Die 125 Flüchtlinge sind vermutlich Ende der 50er-Jahre aus der DDR in den Westen geflohen und haben den Weg nach Jesteburg gefunden. Einzelheiten über ihre Integration sind nicht bekannt. Jedoch waren es wie die Evakuierten und Flüchtlinge Deutsche, die zu Deutschen flohen und dieselbe Sprache hatten. Die Fluchtbewegung der Bewohner aus der Ostzone fand mit dem Mauerbau in Berlin in der Nacht zum 13. August 1961 ein jähes Ende. In den Tagen vorher war die Flüchtlingszahl stark angestiegen. Am 1. August 1961 z. B. flohen aus der DDR 1233 Menschen, am 9. August 1926 (Chronik des 20. Jahrhunderts, S.896).

Beispiel d: Die vier Ausländer sind vermutlich Gastarbeiter, die auf Grund des Anwerbeabkommens der Bundesregierung nach Jesteburg gekommen waren, das die Bundesregierung ab 1955 mit Italien, Spanien Griechenland und der Türkei wegen des starken Arbeitskräftemangels geschlossen hatte. Einige Namen heutiger Bürger in Jesteburg lassen auf die Herkunft aus südeuropäischen Ländern schließen. Ihre Integration war durch den Mangel an deutschen Sprachkenntnissen erschwert, und außerdem war ihr Status durch eine schlechte Wohnsituation in Notquartieren und niedrige Lohngruppen bestimmt (Chronik des 20. Jahrhunderts, S. 942).

Aus dem gleichen Grund des Arbeitskräftemangels waren schon 1872 beim Beginn des Eisenbahnbaus „auswärtige Arbeiter, darunter Schlesier und Polen, ins Dorf“ gekommen (Jesteburg 1202-2002, S. 103). Von Einzelnen dieser Personengruppe gibt es heute noch Nachkommen in Jesteburg, deren vollständige Integration nach vier Generationen gelungen ist. Um 1880 kamen Saisonarbeiter zur Sommerzeit aus Lippe-Detmold zur kleinen Ziegelei, die neben dem früheren Haus von Hans Koch stand. Das Gebiet in Kamerun gehörte

zum Vogtshof des Barons von und zu Löwenstein, der aus einem kurhessischen Adelsgeschlecht stammte. Möglicherweise hatte er die Arbeiter aus seiner Heimat anwerben lassen. „Breite Strohhüte trugen sie, die halbnackten, braungebrannten Gesellen!“ Von der Arbeit im Freien waren sie braungebrannt. Kamen sie ins Dorf, um einzukaufen, hieß es bald: „De ut Kamerun!“ Nachkommen sind nicht bekannt. Als die Kolonialzeit begann, erwarb Deutschland 1884/85 die Kolonie Kamerun. In Deutschland wuchs die Begeisterung für Afrika. Vielleicht erhielt die Ziegelei mit dazugehörigem Grundstück deshalb den Namen Kamerun. Auch in Hassel gab es eine Ziegelei (Hans-Heinrich Wolfes und Georg Unteutsch: „Aus der Geschichte Kameruns“, in: Lüllau-Thelstorf-Wiedenhof. Eine Dorfgeschichte“, 2009, S. 417-421).

Für spätere Forschungen wäre zu untersuchen, welche Personen seit 1950 als Aussiedler in den Ort gekommen sind und wie hoch die Integrationserfolge waren. Nach einer Studie von Thorsten Klute und Jochen Welt (FAZ vom 22.12.2015) sind seit 1950 4,5 Millionen Aussiedler und Spätaussiedler einschließlich der Familienangehörigen nach Deutschland eingewandert, davon waren es seit 1990 allein 2,5 Millionen Aussiedler, deren Muttersprache vorwiegend russisch war. Tostedt bildete einen Schwerpunkt der Aussiedler. Die Aufnahmebereitschaft Deutschlands für diese Aussiedler beruhte „auf der Annahme gemeinsamer kultureller Wurzeln“. Hatten ältere Einwanderer teilweise noch deutsche Sprachkenntnisse, so war dies bei den Jugendlichen weniger der Fall.

Abkürzungen:

HA: „Hamburger Abendblatt“ einschließlich der Beilage „Harburg-Umland“; HAN: „Harburger Anzeigen und Nachrichten“; NW: „Nordheide Wochenblatt Buchholz“; WA: „Winsener Anzeiger“. Jesteburg, 1. Februar 2016.
Hans-Heinrich Wolfes

Nachträgliche Anmerkung zu Seite 35:

Ähnlich wie es Dörte Hansen in ihrem Roman „Altes Land“, Knaus-Verlag, 21. Auflage 2015, S. 7 und 8; von der Bäuerin Ida Eckhoff schreibt, als Flüchtlinge aus Ostpreußen im Frühjahr 1945 auf ihrem Hof stehen: „Woveel koomt denn noch vun jau Polacken?“ und „Von mi gift dat nix!“

Flüchtlinge in Jesteburg

heute und früher

Eine Dokumentation nach Unterlagen des Samtgemeindearchivs Jesteburg

Hans-Heinrich Wolfes

Samtgemeindearchiv Jesteburg

Jesteburger Arbeitskreis für Heimatpflege e. V.

2016